



28.12.61

Unsere Welt

Aus dem Inhalt

Kuba: Obamas grosses Theater	3
Rüstungsexporte: Beihilfe zum Mord	4
Reto Delnon: Zu rot für die Nationalfarben	5
90 Jahre Martha Martin: Vorbild und Ansporn	6
Ja zum Frieden! – Nein zur NATO!	7
Vietnam: 25 Jahre Leprahilfe	8
Somalia: Das Hilfswerk Swisso Kalmo	8



John Pilger sagt: «Zu Clintons grössten Unterstützern gehören die Israellobby und die Waffenschmieden, die die Gewalt im Nahen Osten anheizen. Sie und ihr Mann haben von der Wallstreet ein Vermögen bekommen.» Bild: Carlos Latuff/mondoweiss.net

Ein Weltkrieg hat begonnen

Brecht das Schweigen!

Der bekannte australische Dok-Filmer und ehemalige Auslandsredaktor des «Daily Mirror» John Pilger (76) fragt sich angesichts der immer dreisteren USA, was aus der grossen Tradition der populären Protestbewegungen geworden ist. «Wo sind der Mut, die Phantasie und die Bereitschaft die nötig sind, um die lange Reise in eine bessere, eine gerechte und friedliche Welt zu beginnen?»

Von John Pilger

Ich war einmal zu Dreharbeiten auf den Marshallinseln, das liegt nördlich Australiens, mitten im Pazifischen Ozean. Jedes mal wenn ich Leuten erzähle wo ich war, kommt die Frage: «Wo ist denn das?» Wenn ich ihnen den Hinweis «Bikini» gebe, dann sagen sie: «Meinen Sie den Badeanzug?»

Wenigen ist bewusst, dass der Bikini zu Ehren jener Atombombenexplosionen benannt wurde, die das Bikini Atoll zerstört haben. 66 nukleare Sprengkörper liessen die USA zwischen 1946 und 1958 auf den Marshallinseln explodieren, das entspricht 1,6 Hiroshimas jeden einzelnen Tag – 12 Jahre lang.

Bikini ist heute tot, mutiert und verstrahlt. Die Palmen wachsen mit einem seltsamen Muster. Nichts bewegt sich. Es gibt keine Vögel. Die Grabsteine auf dem alten Friedhof strahlen. Auf meinen Schuhen registrierte der Geigerzähler die Stufe «betriebsunsicher».

Ich war am Strand und sah wie der smaragdgrüne Pazifik in einem riesigen schwarzen Loch versank. Das ist der Krater, den die Wasserstoffbombe mit dem Namen Castle Bravo hinterliess. Diese Explosion hat die Menschen und die Umgebung über Hunderte von Kilometern vergiftet, womöglich für immer. (Anm.d.Ü.:

geben Sie auf Googlemaps «Castle Bravo Site» ein und schon mit der Skala 10km erkennt man das Loch)

Auf meiner Rückreise landete ich auf dem Flughafen von Honolulu. Ich sah ein amerikanisches Magazin namens «Women's Health». Auf dem Titelbild eine lächelnde Frau in einem Bikini, darunter die Schlagzeile: «Auch Sie können eine Bikinifigur haben». Ein paar Tage zuvor unterhielt ich mich auf den Marshallinseln mit Frauen, die ganz andere «Bikinikörper» hatten. Alle litten unter Schilddrüsenkrebs und anderen lebensbedrohlichen Arten von Tumoren.

Im Gegensatz zu der Frau in dem Magazin waren sie alle verarmt: die Opfer und Laborratten einer habgierigen Supermacht, die heute gefährlicher denn je ist.

Lügen und Ablenkungsmanöver

Ich benutze diese Erfahrung als eine Warnung und eine Unterbrechung der Ablenkung, die so viele von uns auffrisst. Der Gründer der modernen Propaganda, Edward Bernays, beschrieb dieses Phänomen als «die bewusste und intelligente Manipulation von Gewohnheiten und Meinungen» in demokratischen Gesellschaften. Er nannte es «unsichtbare Führung».

Wie vielen Menschen ist bewusst, dass ein Weltkrieg begonnen hat?

Momentan ist es ein Propagandakrieg aus Lügen und Ablenkungsmanövern, aber das kann sich mit dem ersten falsch übermittelten Befehl, der ersten Rakete schlagartig ändern.

2009 stand Präsident Obama vor einer ihn anhimmelnden Menge mitten in Prag, im Herzen Europas. Er verpflichtete sich, «die Welt von Atomwaffen zu befreien». Die Leute jubelten und manche mussten weinen. Ein Strom aus Plattheiten wälzte sich durch die Medien. Danach bekam Obama den Friedensnobelpreis.

Alles eine Fälschung. Er hat gelogen.

Die Obama-Regierung lässt noch mehr Nuklearwaffen bauen, weitere Atomsprengköpfe, weitere nukleare Trägersysteme, noch mehr Nuklearanlagen. Die Ausgaben allein für atomare Sprengköpfe stiegen unter Obama höher als unter jedem anderen Präsidenten. Die Kosten betragen über 30 Jahre mehr als eine Billion Dollar.

Eine atomare Minibombe ist in Planung. Sie trägt den Namen B61 Model 12. Vergleichbares hat es noch nie gegeben. General James Cartwright, ein früherer Vizechef des Vereinten Generalstabs, sagte: «Die Verkleinerung macht den Gebrauch dieser Nuklearwaffen denkbarer.»

In den letzten 18 Monaten gab es entlang Russlands Westgrenze die grösste Aufstockung militärischer Kräfte seit dem Zweiten Weltkrieg – angeführt von den USA. Seit Hitler in die Sowjetunion einmarschierte haben keine ausländischen Truppen eine solche offensichtliche Bedrohung für Russland dargestellt.

Fortsetzung Seite 2

Asylrecht für die Geflüchteten

Moral in der Pflicht

Etienne Balibar und andere europäische Intellektuelle haben in Solidarität mit den Geflüchteten einen europaweiten Aufruf auf den Weg gebracht. Sie begründen darin, warum es eine moralische und politische Pflicht ist, Geflüchtete in Europa aufzunehmen und ihnen Gastfreundschaft sowie Asylrecht zu gewähren. Der Aufruf kann auf www.transform-network.net unterschrieben werden.

Geflüchtete in Europa aufnehmen – eine moralische und politische Pflicht! Wir Bürgerinnen, die in den EU-Mitgliedsstaaten, der Schengen-Zone, am Balkan, am Mittelmeer, im Nahen Osten, sowie in allen anderen Regionen der Welt leben, wo unsere Sorgen geteilt werden, wenden uns mit einem dringenden Aufruf an unsere Mitbürgerinnen, unsere Regierenden und unsere Vertreter_innen in den nationalen Parlamenten und dem Europaparlament, sowie an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge:

Die Geflüchteten müssen gerettet und aufgenommen werden!

Seit Jahren flüchten die Migrantinnen aus den Staaten am südlichen Mittelmeer vor Armut, Krieg und Repression. Sie ertrinken im Meer oder prallen gegen Grenzzäune. Wenn ihnen – nachdem sie von Schlepperinnen erpresst wurden – die Flucht nach Europa gelingt, werden sie abgeschoben, eingesperrt oder von den Staaten, die sie als «Gefahr» und als «Feinde» bezeichnen, in die Illegalität abgedrängt. Sie bleiben jedoch hartnäckig und halten zusammen, um ihr Leben zu retten und eine Zukunft wiederzufinden.

Nachdem die Kriege im Nahen Osten und besonders in Syrien jedoch das Ausmass eines Massenmords ohne absehbares Ende angenommen haben, ist die Situation nun eine andere. Ganze Bevölkerungen, die von den Kriegsführenden als Geiseln genommen, bombardiert, ausgehungert und terrorisiert werden, entschliessen sich zur gefahrenreichen Flucht, die tausende weitere Todesopfer fordert. Schliesslich gelangen die Männer, Frauen und Kinder in ihre Nachbarstaaten und klopfen an Europas Türen.

Dies ist eine humanitäre Katastrophe. Wir müssen uns unserer Verantwortung stellen – daran führt kein Weg vorbei.

Die Unfähigkeit unserer Regierungen (wenn sie nicht sogar dazu beitragen, diese weiter zuzuspitzen), nimmt sie nicht aus ihrer Pflicht, diese Menschen zu retten und aufzunehmen. Dabei müssen ihre Grundrechte gewahrt werden, die mit dem Asylrecht in den Erklärungen und Konventionen des Völkerrechts festgeschrieben sind.

Mit einigen Ausnahmen (etwa die beispielhafte Initiative Deutschlands, syrische Geflüchtete ohne Einschränkung aufzunehmen, was bis heute so gehandhabt wird, oder den grossen Einsatz Griechenlands in der Rettung, Aufnahme und dem Transport von tausenden Geflüchteten, die täglich an den griechischen Küsten eintreffen, obwohl sich das Land und seine Wirtschaft selbst im Würgegriff einer gnadenlosen Sparpolitik befindet; hinzuzufügen ist auch Portugal, das Griechenland unterstützen und Geflüchtete aufnehmen will) haben es die europäischen Regierungen bisher abgelehnt, Massnahmen zu ergreifen, diese der Öffentlichkeit darzulegen, sich solidarisch zu zeigen und nationalen Egoismus zu überwinden. Ganz im Gegenteil: Staaten überall in Europa lehnten den von der Kommission ausgearbeiteten Minimalquotenplan zur Verteilung der Geflüchteten ab oder versuchten ihn gar zu sabotieren. Schlimmer noch; sie unterdrücken Geflüchtete und Migrant_innen, und stigmatisieren sie ganz allgemein als gewalttätig. Die Lage im «Dschungel» von Calais und seine gewaltsame Räumung, die unter Missachtung von Inhalt und Geist eines Gerichtsber-

Fortsetzung Seite 2

Schweizerische Friedensbewegung SFB

Jahrestagung 2016

Samstag, 21. Mai 2016, 16.00 Uhr
Restaurant Rebhaus (Saal)
Riehenortstr. 11, Basel (nahe Wettsteinplatz)

Traktanden:

Jahresberichte: Sekretariat • Redaktion • Finanzen
Wahl des Vorstandes • Ausblick und Anregungen

Anschliessend gemeinsames Abendessen.
Die Jahresversammlung ist öffentlich.
Interessierte sind herzlich eingeladen!

28.12.61

Brecht das Schweigen!...

Fortsetzung von Seite 2

Die Ukraine – einst ein Teil der Sowjetunion – ist zu einem Freizeitpark der CIA geworden. Seit der Aufführung des Coups in Kiew kontrolliert Washington im Grunde ein Regime, das Russland hasst und mit ihm eine Grenze teilt. Ein Regime buchstäblich mit niederträchtigen Nazis. Prominente Parlamentarier in der Ukraine sind politische Abkömmlinge von Faschisten der berühmten OUN und UPA. Öffentlich loben sie Hitler und rufen nach der Verfolgung und Vertreibung der russischsprachigen Minderheit.

Das ist dem Westen selten eine Meldung wert, oder sie wird ins Gegenteil verkehrt um die Wahrheit zu unterdrücken.

In Lettland, Litauen und Estland – gleich neben Russland – stationieren die USA Kampftruppen, Panzer und schwere Waffen. Diese extreme Herausforderung an die zweitgrösste Nuklearmacht quittiert der Westen mit Stillschweigen.

Auch China im Visier

Was die Aussicht auf einen Atomkrieg noch gefährlicher macht ist die gleichzeitige Kampagne gegen China.

Es vergeht kaum ein Tag an dem China nicht in den Rang einer «Bedrohung» befördert wird. Laut Admiral Harry Harris, dem US Pazifik-Kommandanten, «baut China im Südchinesischen Meer eine Grosse Mauer aus Sand».

Er spricht von den Bauarbeiten Chinas für Landebahnen auf den Spratly-Inseln. Diese sind ein Streitobjekt mit den Philippinen – ein Streit ohne Dringlichkeit. Bis Washington die Regierung in Manila erpresste und bestach und das Pentagon eine Propagandakampagne mit dem Namen «freedom of navigation» startete.

Was das wirklich bedeutet? Es bedeutet die Freiheit für amerikanische Kriegsschiffe, in den Küstengewässern Chinas zu patrouillieren und zu dominieren. Stellen Sie sich die amerikanische Reaktion vor, wenn chinesische Kriegsschiffe dasselbe vor der kalifornischen Küste tun würden.

Ich habe einen Film mit dem Titel «Der Krieg den man nicht sieht» gemacht. Darin habe ich renommierte Journalisten aus Amerika und Britannien interviewt. Reporter wie Dan Rather von CBS, Rageh Omar von der BBC, David Rose vom «Observer».

Alle sagten: hätten die Journalisten und die Sender ihren Job gemacht und die Propaganda bezüglich Saddam Husseins Massenvernichtungswaffen hinterfragt, hätte man die Lügen von George W. Bush und Tony Blair nicht durch Journalisten verstärkt und nachgeplappert, die Invasion in den Irak wäre möglicherweise nicht passiert und Hunderttausende Männer, Frauen und Kinder wären heute noch am Leben.

Die Propaganda als Grundlage für einen Krieg gegen Russland und/oder China ist im Grunde die gleiche. Nach meiner Kenntnis gibt es keinen Journalisten im westlichen «Mainstream» – etwas wie Dan Rather – der fragt, warum China im Südchinesischen Meer Landebahnen baut.

Die Antwort liegt klar auf der Hand: die Vereinigten Staaten kreisen China mit einem Netz aus Militärbasen ein, mit ballistischen Raketen, Schlachtverbänden und Nuklearbomben.

Dieser tödliche Bogen spannt sich von Australien über die Inseln im Pazifik, die Marianen und die Marshallinseln und Guam bis zu den Philippinen, Thailand, Okinawa, Korea und über Eurasien nach Afghanistan und Indien. Amerika hat China eine Schlinge um den Hals gelegt. Das ist keine Meldung wert. Schweigen durch die Medien – Krieg durch die Medien.

2015 haben die USA und Australien unter höchster Geheimhaltung

das grösste Luft-See-Manöver in der jüngeren Geschichte durchgeführt, Codename «Talisman Sabre». Das Ziel des Manövers war die Übung eines Luft-See-Schlachtplans, die Blockade von Seewegen, wie die Strassen von Malakka und von Lombok. Das würde Chinas Zugang zu Erdöl, Gas und anderen lebenswichtigen Rohstoffen aus dem Nahen Osten und Afrika abschneiden.

Längst entfesselt

In der als amerikanischer Präsidentschaftswahlkampf bekannten Zirkusshow wird Donald Trump als ein Irrer, ein Faschist dargestellt. Natürlich ist er ekelhaft; aber er wird auch von den Medien gehasst. Allein das sollte uns skeptisch machen.

Trump's Ansichten zur Migration sind grotesk, aber auch nicht grotesker als die von David Cameron. Nicht Trump ist der grosse Abschieber (Deporteur) in den Vereinigten Staaten, sondern der Friedensnobelpreisträger Barack Obama.

Laut einem erstaunlich liberalen Kommentator «entfesselt» Trump in den USA «die dunklen Mächte der Gewalt». Er «entfesselt» sie?

In einem Land, in dem Kleinkinder ihre Mütter erschossen und die Polizei einen mörderischen Krieg gegen schwarze Amerikaner führt. Dieses Land hat mehr als 50 Länder angegriffen und versucht, sie umzustürzen, viele davon Demokratien. Von Asien bis in den Nahen Osten haben sie bombardiert und den Tod und die Vertreibung von Millionen Menschen verursacht.

Diesen systemischen Gewaltrekord erreicht kein anderes Land. Die meisten amerikanischen Kriege (fast alle gegen wehrlose Länder) wurden nicht von republikanischen Präsidenten, sondern von liberalen Demokraten angezettelt: Truman, Kennedy, Johnson, Carter, Clinton, Obama.

Eine Reihe von Richtlinien des Nationalen Sicherheitsrates aus dem Jahr 1947 beschreibt als vorrangiges Ziel der amerikanischen Aussenpolitik «eine Welt die nach unserem (Amerikas) eigenem Bildnis gestaltet wird». Messianischer Amerikanismus war die Ideologie. Wie waren alle Amerikaner. Wehe wenn nicht! ...Andersgläubige würden bekehrt, gestürzt, bestochen, verleumdet oder zerschlagen.

Donald Trump ist Ausdruck dieser Ideologie. Aber er ist auch ein eigenwilliger Querdenker. Er sagt, dass die Invasion in den Irak ein Verbrechen war. Er will nicht gegen Russland und China in den Krieg ziehen. Für uns heisst die Gefahr nicht Trump, sondern Hillary Clinton. Sie ist keine Querdenkerin. Sie verkörpert die Widerstandsfähigkeit und die Gewalt eines «Systems», dessen vielgepriesener «Exzeptionalismus» totalitär ist. Manchmal mit einem liberalen Gesicht.

Saucool

Der Tag der Präsidentschaftswahl rückt näher, Clinton wird als erste weibliche Präsidentin bejubelt werden, unbeschadet ihrer Verbrechen und Lügen – genauso wie Barack Obama als erster schwarzer Präsident gepriesen wurde. Und die Liberalen haben seinen Schwachsinn mit der «Hoffnung» geschluckt. Kindische Freude.

Der Guardian-Kolumnist Owen Jones beschrieb Obama als «witzig, charmant, mit einer Coolness, die praktisch alle anderen Politiker in den Schatten stellt». Einen Tag später schickt Obama Drohnen los und schlachtet 150 Menschen in Somalia ab. Für gewöhnlich tötet er Menschen an Dienstagen, so berichtete es die New York Times, an jenen Tagen bekommt er eine Liste mit den Kandidaten für Drohnenmorde. Saucool.

In ihrer Wahlkampagne 2008 drohte Hillary Clinton dem Iran mit «totaler Vernichtung» durch Nuklearwaffen.

Als Aussenministerin unter Obama nahm sie am Sturz der demokratischen Regierung von Honduras teil. Ihr Anteil an der Zerstörung Libyens 2011 war nahezu schadenfroh. Als der libysche Führer Oberst Gaddafi öffentlich mit einem Messer anal penetriert wurde – ein Mord der durch amerikanische Logistik ermöglicht wurde – da freute sich Clinton diebisch über seinen Tod: «Wir kamen, wir sahen, er starb.»

Eine von Clintons engsten Verbündeten ist Madeleine Albright, die frühere Aussenministerin. Sie hat jungen Frauen vorgeworfen, nicht für «Hillary» zu stimmen. Das ist dieselbe Madeleine Albright, die vor laufender Kamera den Tod von einer halben Million irakischer Kinder guthies: «Das war's wert.»

Zu Clintons grössten Unterstützern gehören die Israellobby und die Waffenschmieden, die die Gewalt im Nahen Osten anheizen. Sie und ihr Mann haben von der Wallstreet ein Vermögen bekommen. Dennoch ist sie der Kandidat der Frauen, dazu bestimmt, den bösen Trump auszuschalten, den offiziellen Dämon. Zu ihren Unterstützerinnen zählen prominente Feministinnen: wie Gloria Steinem in den USA und Anne Summers in Australien.

Die «Ich»-Bewegung

Eine Generation zuvor hatte ein post-moderner Kult namens «Identitätspolitik» viele intelligente und liberal gesinnte Menschen daran gehindert, dass sie sich die Gründe und die Personen genauer anschauten – wie den Bluff Obamas und Clintons; wie fingierte progressive Bewegungen wie Syriza in Griechenland. Sie haben ihr Volk betrogen und sich mit dem Feind verbündet.

Eine Selbstbezogenheit, eine Art «Ich»-Bewegung, wurde in privilegierten westlichen Gesellschaften zum neuen Zeitgeist. Er bedeutet die Abkehr von den grossen Sammelbewegungen gegen Krieg, soziale Ungerechtigkeit, Ungleichheit, Rassismus und Sexismus. (...)

Letztlich hat Jeremy Corbyns engster Verbündeter, sein Kandidat für das Amt des Finanzministers, John McDonnell, sich verpflichtet, dass eine Labour-Regierung die Schulden der räuberischen Banken übernehmen würde und im Grunde mit der Austerität (Anm.d.Ü.: den Einsparungsmassnahmen) weitermachen würde.

In den USA hat Bernie Sanders versprochen, er würde Clinton unterstützen falls sie nominiert würde. Wenn er es für «richtig» hielt, dann hat auch er für einen Gewalteinsatz Amerikas gegen andere Länder gestimmt. Er sagt, Obama habe «keinen grossartigen Job» gemacht.

In Australien regiert eine Art Begräbnispolitik, in den Medien werden nervtötende parlamentarische Spielchen vorgeführt, während Flüchtlinge und Ureinwohner verfolgt werden und die Ungleichheit wächst, zusammen mit der Kriegsgefahr. Die Regierung von Malcolm Turnbull hat gerade einen sogenannten Verteidigungsetat über \$195 Milliarden vorgelegt, das ist der Weg in den Krieg. Es gab keine Debatte. Nur Schweigen.

Was ist aus der grossen Tradition der populären Protestbewegungen geworden? Die ohne die Parteien auskommen? Wo sind der Mut, die Phantasie und die Bereitschaft die nötig sind, um die lange Reise in eine bessere, eine gerechte und friedliche Welt zu beginnen? Wo sind die Dissidenten in der Kunst, im Film, im Theater oder in der Literatur?

Wo sind jene, die das Schweigen durchbrechen werden? Oder warten wir, bis die erste Atomrakete startet?

Dieser Aufsatz ist die redigierte Version einer Ansprache von John Pilger vor dem Resistance Club der University of Sydney. Quelle: Counterpunch.org. Übersetzung FritztheCat; von der UW leicht gekürzt.



Nachdenkliche Karikatur von Latuff: Der Papst auf Lesbos (@LatuffCartoons)

Moral in der Pflicht...

Fortsetzung von Seite 2

schlusses erfolgt war, stellt im Moment die haarsträubendste Illustration der herrschenden Zustände dar, wenn auch nicht die einzige.

Einen Gegenpol dazu bilden die Bürgerinnen Europas und anderorts: Die Fischerinnen von Lampedusa und Lesbos, die Aktivistinnen der Organisationen und Netzwerke zur Rettung und Unterstützung der Geflüchteten und Migrantinnen, Quartiergeberinnen aus dem weltlichen und religiösen Bereich, unterstützt von Künstlerinnen und Intellektuellen. Sie wahren unsere Würde und zeigen den Weg in Richtung einer Lösung auf. Sie stossen an die Grenzen ihrer Möglichkeiten und stellen sich gegen die ihnen feindlich gesinnte Öffentlichkeit.

Sie werden – wie auch die Geflüchteten und Migrantinnen selbst – von einer wachsenden Welle an Fremdenhass überschwemmt. Gewalttätige, bekennd rassistische oder neofaschistische Organisationen, sowie «respektable» politische Würdenträgerinnen und Regierungen, die immer stärker von Autoritarismus, Nationalismus und Demagogie geprägt sind, treiben diese Entwicklung noch weiter an. Zwei Europas stehen einander völlig unvereinbar gegenüber, zwischen denen man sich in Zukunft entscheiden muss.

Dieser xenophoben Tendenz, die sich auf die EU-Ausländer_innen teils tödlich auswirkt und die die Zukunft Europas als freier Kontinent zerstört, muss auf der Stelle entgegengewirkt werden.

Momentan gibt es auf der Welt 60 Millionen Geflüchtete. Der Libanon und Jordanien beherbergen jeweils eine Million (was 20% bzw. 12% ihrer Bevölkerung entspricht), die Türkei 2 Millionen (3%). In Europa (eine der reichsten Regionen der Welt, trotz der Krise) trafen im Jahr 2015 eine Million Menschen ein, was 0,2% der Bevölkerung entspricht. Die europäischen Staaten verfügen gemeinsam über die Mittel, um die Geflüchteten aufzunehmen und diese würdevoll zu behandeln. Sie müssen ihrer Pflicht nachkommen und die Menschenrechte wahren, wie dies in ihren Verfassungen verankert ist. Dies liegt auch in ihrem Interesse, wenn sie in dieser Region der Erde mit den Mittelmeerstaaten, deren Geschichte und kulturelles Erbe sie teilen, den Frieden und die Sicherheit bewahren wollen. Dies ist die Voraussetzung, um einer neuen Epoche der institutionellen Diskriminierung und der Beseitigung von «unerwünschten» Menschen vorzubeugen.

Es bleibt unklar wann und wie viele der Geflüchteten wieder «nach Hause» zurückkehren können; ebenso darf die Komplexität des zu lösenden Problems nicht unterschätzt werden, der Widerstand, der ihm entgegensteht, und die Hindernisse und Risiken, die es mit sich bringt. Niemand hat jedoch das Recht, die Problematik als «unlösbar» zu bezeichnen, um sich davor zu drücken. Umfassende

Notfallmassnahmen müssen daher unmittelbar gesetzt werden.

Die Aufgabe zur Hilfeleistung für die Geflüchteten aus dem Nahen Osten und Afrika im Rahmen dieser Ausnahmesituation muss von den Führungsorganen der EU ausgerufen und wahrgenommen, und von allen Mitgliedsstaaten umgesetzt werden. Die Vereinten Nationen müssen sich damit befassen und die demokratischen Staaten der gesamten Region in diesem Thema dauerhaft aufeinander abstimmen.

Zivile Kräfte und das Militär müssen eingesetzt werden, um die Schlepperinnen nicht als Mittelmeer-Guerilla zu bekämpfen, sondern um den Migrantinnen zu helfen und den Ertrinkungskandal im Meer ein Ende zu setzen. In diesem Rahmen können schliesslich die Schlepperinnen und deren Komplizinnen und Helfer_innen gestoppt werden. Es ist das Verbot der legalen Einreise, das zu diesen mafiosen Praktiken führt, und nicht das Gegenteil.

Die Last, die die Aufnahmeländer zu tragen haben – insbesondere Griechenland – muss unverzüglich verringert werden. Ihr Beitrag, der im Interesse aller liegt, muss anerkannt werden. Die inakzeptable Isolation muss in Solidarität gewandelt werden.

Der freie Personenverkehr im Schengenraum muss erhalten bleiben; das Dublin-Abkommen, das die Rückführung der Migrant_innen in ihre Erstaufnahmeländer vorsieht, muss jedoch ausgesetzt und neu verhandelt werden. Die EU muss Druck auf die Donau- und Balkanstaaten ausüben, damit diese ihre Grenzen wieder öffnen. Sie muss auch mit der Türkei verhandeln, damit das Land aufhört, die Geflüchteten als politisch-militärisches Alibi und als Druckmittel zu nutzen.

Ausserdem müssen Flugzeuge und Schiffe zur Verfügung gestellt werden, um alle registrierten Geflüchteten in die nordeuropäischen Staaten zu bringen, die diese objektiv aufnehmen können, anstatt diese in einem kleinen Land zu sammeln, das droht, zum gigantischen Internierungslager und zum Endlager für die Menschlichkeit zu werden.

Gastfreundschaft und Asylrecht oder Barbarei!

Längerfristig muss Europa, das nun vor einer ihrer grössten Herausforderungen bisher steht, die den Lauf der Geschichte ändern kann, einen demokratisch kontrollierten Plan ausarbeiten, um den Überlebenden dieses Massakers zu helfen und die Helfer_innen zu unterstützen: Aufnahmequoten sind nicht genug; es werden Sozialhilfeleistungen, angemessene Wohnungen – also ein Sonderbudget – benötigt, sowie rechtliche Bestimmungen, die die vertriebenen Menschen auf friedliche und würdevolle Weise in die aufnehmenden Gesellschaften eingliedern.

Dies ist die einzige Alternative – Gastfreundschaft und Asylrecht oder Barbarei!

Obama im Gran Teatro von Havanna

Obamas grosses Theater

Der kubanische Blogger und ehemalige Präsident des Kubanischen Buchinstituts Iroel Sánchez (lapupilainsomme.wordpress.com) denkt über Gesagtes und Nichtgesagtes von Obamas Rede im Gran Teatro von Havanna nach.

Von Iroel Sánchez

Kuba, Lateinamerika und die ganze Welt verfolgten voller Erwartung die versöhnliche, intelligente und verführerische Rede, die Barack Obama am 22. März im Grossen Theater von Havanna hielt. Es war nicht die erste längere Rede während seines Besuchs, wo er sich bereits im kubanischen Fernsehen an die Kubaner gewandt hatte. Es handelte sich jedoch seit seiner Ankunft auf Kuba zwei Tage zuvor um die einzige, bei der der Präsident der Vereinigten Staaten die Bühne mit niemandem teilen und den ganzen Raum für sich haben würde.

Ganz im Sinne der politischen Kultur, die er vertritt, wurde seit seiner Ankunft in Havanna einmal mehr nichts dem Zufall überlassen. Die sorgfältig schriftlich verfasste Rede las er von optimal platzierten Telepromptern ab, die er aus Washington mitgebracht hatte.

Dem aufmerksamen Beobachter fiel eindeutig auf, dass einige unter den vierzig mitgereisten Kongressabgeordneten dem Redner jedes Mal an der richtigen Stelle applaudierten. Diese Abgeordneten und die US-amerikanische Delegation, die den Präsidenten bei seiner Reise begleitete, applaudierten als Einzige während der zahlreichen Momente, in denen die Rede in Bevormundung oder gar in eine mehr oder minder offene Einmischung abglitt.

Unmittelbar vor Beginn der Rede brachte ein Mitarbeiter noch eilig das Siegel mit dem Weisskopfeadler am Rednerpult an, als ob es, angesichts der in Sichtweite des Publikums auf dem hinteren Teil der Bühne in gleicher Anzahl platzierten kubanischen und US-amerikanischen Fahnen nötig wäre, noch ein Zeichen der Dominanz zu setzen.

Es war vorhersehbar, dass der Beginn der Rede der Verurteilung der Terroranschläge des Islamischen Staates in Belgien gewidmet sein würde sowie der Versicherung, dass «alles Notwendige getan» werde, um «die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen». Aber wie zu erwarten war, verwies der Redner nicht einmal im Angesicht dieses schrecklichen Ereignisses auf die 3 478 Kubaner, die dem Terror zum Opfer fielen, der von den USA aus gegen das Land praktiziert, finanziert und gefördert wurde, das, wie er selbst sagte, ihm, seiner Familie und der Delegation einen «herzlichen Empfang» bereitet hatte. Noch weniger erwähnte er die völlige Untätigkeit seiner Regierung, «die Verantwortlichen» dieser Verbrechen «zur Rechenschaft zu ziehen».

Mehrfach bediente er sich der Methode des Storytelling, die der Schriftsteller Christian Salmon als «Technik» bezeichnete, «um Geschichten zu erfinden und den Verstand zu formatieren», wenn er — persönliche Anekdoten mit politischen Absichten nutzend — die Kubanische Revolution als etwas Vergangenes darstellte. Auf die Art erzählte er uns nicht zu leugnende Tatsachen: dass sein Vater 1959 in die Vereinigten Staaten gekommen war und dass er selbst im gleichen Jahr geboren wurde, in dem die von der CIA initiierte Invasion in der Schweinebucht vereitelt wurde. Er verschleierte damit so, dass es sich bei der Entführung des Kindes Elián González und der ungerechtfertigten Inhaftierung der fünf kubanischen Antiterroraktivisten um Geschehnisse des 21. Jahrhunderts handelt, die von den jüngsten Generationen Kubas miterlebt wurden.

Es muss jedoch anerkannt werden, dass es auch Lob gab: Wie jeder intelligente Mensch weiss Obama, dass Kritik eher angenommen wird, wenn zuvor Lob ausgesprochen wurde. Gelobt wurden einige unserer Ärzte und Sportler, ohne dass die gegenwärtigen Programme und Regelungen erwähnt oder gar in Frage gestellt wurden, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten sie uns wegnehmen will.



Obama während seines Auftritts im Gran Teatro von Havanna «Alicia Alonso». Foto trabajadores.cu

In der Rede verwendete Obama immer wieder Gegensatzpaare (junge Menschen-Geschichte, Staat-Individuum, Regierung-Volk, Vergangenheit-Zukunft), mit einer Strategie, die darauf abzielt, die kubanische Gesellschaft in ihrem Inneren zu spalten. Das Storytelling wird nun auch durch erfolgreiche ausgewanderte «Firmengründer» gefüttert. Und unser Gast glaubt, dass wir deren Beispiel im Wege des «Wandels» folgen müssen und können, den er uns nun nicht mehr auferlegt, sondern uns über unsere eigenen Landsleute näherbringt, die von den «Möglichkeiten» profitiert haben, die der US-amerikanische Kapitalismus bietet. Davon hätten ihm auch Einige berichtet, als er am Tag zuvor in einer Bierbrauerei in Havanna die Rolle des Weihnachtsmanns verkörperte. Selbstverständlich kam das Wort «Wandel» in der Rede mindestens vierzehn Mal vor.

Die Realität lehrt, dass bei jedem Erfolg tausende Menschen auf der Strecke bleiben, und dass in unserer heutigen Welt jeder ökonomische Triumph in den meisten Fällen einem Ende der Hoffnungen vieler gleichkommt. Privatinitiative auf Kuba anzuregen zeugt nicht gerade von Ehrlichkeit: Als Harvardabsolvent müsste er die grösste Wahrheit des Kommunistischen Manifests kennen, die besagt, dass eben diese Privatinitiative in der Praxis für neun Zehntel der Menschheit abgeschafft ist.

Nachdem Obama einige Gemeinsamkeiten zwischen Kuba und den Vereinigten Staaten aufgezeigt hatte, kam er auf die Unterschiede zu sprechen. Aus einem Schlüsselabsatz ging hervor, dass die Demokratie ein Monopol des Systems ist, das die USA versucht haben, der Welt aufzuerlegen. Demnach sei der Sozialismus ein Synonym für Begriffsstutzigkeit und der kubanische Staat beschneide die Rechte:

«Kuba hat ein Einparteiensystem, die Vereinigten Staaten haben eine Mehrparteiendemokratie; Kuba hat ein sozialistisches Wirtschaftsmodell,

die Vereinigten Staaten einen freien Markt; Kuba betont die Rolle und die Rechte des Staates, die Vereinigten Staaten gründen sich auf den Rechten des Individuum».

Die US-Amerikaner müssten jedoch direkt gefragt werden, wie lange ihr Mehrparteiensystem fortbestehen würde, wenn sie, wie die Kubaner, das Recht hätten, ihre Vertreter unter ihresgleichen selbst auszuwählen, ohne Mittelsmänner einer Partei. Der selbe Präsident, für den am Tag zuvor nur erfolgreiche Unternehmer existierten und für den es keine Arbeiter zu ge-

ben schien, teilte uns auf der Bühne des Grossen Theaters mit, dass in seinem Land «die Arbeiter eine Stimme haben» und verschwieg dabei, dass lediglich elf Prozent der Angestellten einer Gewerkschaft angehören.

Beim Blick auf unsere Nachbarländer erkennen wir, dass dort, wo den USA das «System», die «Demokratie» und das «Wirtschaftsmodell» in Ordnung erscheinen, die tatsächliche Umsetzung der «Rechte des Individuums» ein Trugbild darstellt, obwohl diese weit öfter erwähnt werden als in Kuba. Wie der Historiker Fernando Martínez Heredia sagt, könnte es sich um ein riesige Verwirrung handeln, aber es könnte Menschen geben, die glauben, dass sich die materielle

Lage eines Grossteils der Kubaner aufgrund des Besuchs von Obama verbessern wird.

Kein Nachbarland Kubas ist sozial besser gestellt als diese Insel, obwohl es dort keine Wirtschaftssanktionen gibt. Weit davon entfernt, leiden sie im Gegensatz zu uns unter struktureller Gewalt, Kinderarbeit und dem Drogenhandel, die hier nicht existieren. Wenn die USA davon sprechen, «das kubanische Volk zu bemächtigen» meinen sie tatsächlich den Aufbau einer Minderheit, die Kuba gemäss den Interessen der USA verwaltet, wie es in diesen Ländern der Fall ist. Sie kündigen an, dass sie nicht einen in Verruf geratenen «Regimewechsel» erzwingen werden, obwohl sie von den mehreren Millionen US-Dollar,

jüdischen Gläubigen vor, oder einen Gläubigen irgendeiner Religion, der dem Präsidenten in dem grossen Saal der Universität Al-Azhar zuhörte. In jenem Augenblick hätte ich nicht gewusst, ob er sich in einer katholischen Kathedrale, einem christlichen Gotteshaus, einer Moschee oder einer Synagoge befand».

Eine Freundin machte mich darauf aufmerksam, dass man die Wörter Islam, Iran, Palästinenser oder Moslems in der damaligen Rede von Obama durch Kuba oder Kubaner ersetzen könnte. Die Zitate aus dem Koran, das Wort Mohammeds, könnte man durch die Worte des Unabhängigkeitskämpfers José Martí ersetzen, auf die der US-Präsident an diesem 22. März verwies, und einige Sätze aus der Rede Obamas im Grossen Theater könnten mit der Rede verglichen werden, die Fidel Castro in seinen Erörterungen vorausschauend zitiert hatte. Dutzende Stellen weisen eine frappierende Ähnlichkeit auf, aus Platzgründen kann ich diese hier nicht aufzählen.

Kurze Zeit später kamen der «Arabische Frühling», das Zerschlagen säkularisierter Gesellschaften wie Syrien, der Aufschwung des religiösen Fanatismus, die Unterstützung des Islamischen Staats seitens der USA und das Lachen seiner Aussenministerin Hillary Clinton, als sie von der Tötung Gaddafis erfuhr. Heute geht es den Palästinensern noch schlechter als 2009, wenn das überhaupt möglich ist, und die arabischen Völker sind die grossen Verlierer des von Washington auferlegten «Wandels».

Sieben Jahre später ist der Nahe und Mittlere Osten zu einem hoffnungslosen flammenden Inferno geworden und Obama hält weiterhin ökumenische Reden. Jetzt spricht er von Kuba aus zu Lateinamerika, inmitten einer von seiner Regierung in der Region vorangetriebenen neoliberalen Gegenreform, und zitiert in einem grossen Theater den Unabhängigkeitskämpfer José Martí. Aber Martí's letzte Worte beinhalten genau den Vorschlag, «mit der Unabhängigkeit Kubas rechtzeitig zu verhindern, dass sich die Vereinigten Staaten über die Antillen ausbreiten und – dadurch gestärkt – über die Länder unseres Amerika herfallen». Kuba hat Obama mit Respekt empfangen und zugehört und ist bereit, für den Frieden voranzukommen, für den es so lange zum Wohle seines und des Volkes der USA gekämpft hat. Freundlichkeit sollte jedoch nicht mit Naivität verwechselt werden.

(Übers.: Laura Dieli/amerika21)

Verbrechen von Barbados ungesühnt

Brief ohne Antwort

Die kubanischen Familienangehörigen der Opfer von Barbados warten immer noch auf eine Antwort auf den Brief, den sie im Jahr 2010 an Präsident Obama geschrieben hatten.

Von Gabriela Ávila Gómez

Am 17. März dieses Jahres kam der erste US-Flug aus Miami in Kuba an, mit dem nach 50 Jahren der direkte Postdienst zwischen beiden Ländern wieder aufgenommen wurde.

In dieser ersten Ladung befand sich die Antwort von US-Präsident Obama auf den Brief der Kubanerin Ileana Yarza, den sie ihm schrieb, nachdem er seinen Besuch in Kuba angekündigt hatte.

Aber es gibt andere Briefe, die noch auf eine Antwort warten.

Einer davon ist vom 5. Oktober 2010 datiert und wurde ihm vom Komitee der Familienangehörigen der Opfer des in Barbados im Flug gesprengten kubanischen Flugzeugs übersandt, als er gerade seine erste Amtszeit beendet hatte.

Die Familienangehörigen fordern Gerechtigkeit für dieses schreckliche

die dafür bereitgestellt wurden, noch keinen Cent zurückgezogen haben. Im Zuge ihrer neuen Politik wollen die USA nunmehr die Bedingungen schaffen, dass wir dies selbst tun.

Am 4. Juni 2009 sprach Obama an der Universität von Kairo, einer symbolträchtigen Stadt für den Islam und die arabische Welt, und wandte sich dabei an den gesamten Nahen und Mittleren Osten. Es war eine beeindruckende Rede eines Präsidenten, der noch keine fünf Monate im Amt war. Fidel Castro schrieb daraufhin:

«Nicht einmal Papst Benedikt hätte sich ökumenischer als Obama ausgedrückt. Einen Augenblick lang stellte ich mir einen frommen muslimischen, katholischen, christlichen oder

Odalys besondere Aufmerksamkeit galt der Rede, die Obama im Teatro Alicia Alonso hielt, als er sich an die kubanische Zivilgesellschaft wandte.

Im ersten Teil der Ansprache – sagt sie – erwähnt der Präsident der Vereinigten Staaten die terroristischen Attentate in Brüssel und das erschien ihr sehr gut.

Jedoch sprach er in seiner Rede mit keinem Wort über die terroristischen Anschläge gegen Kuba mit 3 478 Toten und 2 099 Menschen, die ihr Leben lang an den durch diese Anschläge verursachten Verstümmelungen zu leiden haben.

Es sei ein sehr grosser Widerspruch, wenn Obama sagt, wir müssten den Terrorismus gemeinsam bekämpfen. «Von welchem Terrorismus spricht er? Den gegen uns Gerichteten hat er mit keinem Wort erwähnt.»

Die Tochter des Piloten von Barbados glaubt, dass Obama noch Zeit habe, Luis Posada Carriles und andere, die sich frei in den USA bewegen, für ihre Verbrechen gegen Kuba vor Gericht zu stellen, denn das wäre eine der Formen, in der beide Länder gegen diese internationale Geissel zusammenarbeiten könnten. Und sie wartet weiter auf eine Antwort auf ihren Brief. (Quelle und Übers.: granma)

Rüstungsexporteur Schweiz

Beihilfe zum Mord

In der letzten UW dokumentierten wir einen Brief der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB) an Bundespräsident Johann Schneider-Ammann bezüglich der Waffenexporte in den Nahen Osten. Darin wurde u.a. moniert, der Verkauf von Waffen an Kriegsparteien stelle einen Verstoß gegen die Kriegsmaterialverordnung (KGV) dar. Inzwischen ist eine Antwort eingetroffen. Wir haben den Waffenexport-Spezialisten Heinrich Frei gebeten, das Schreiben von Herrn Bundespräsident Schneider-Ammann zu kommentieren.

Von Heinrich Frei

Die SFB wies in ihrem Brief insbesondere auf Artikel 5 der Kriegsmaterialverordnung hin. Darin wird festgehalten, dass «wenn das Bestimmungsland in einem internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist; das Bestimmungsland Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt oder im Bestimmungsland ein hohes Risiko besteht, dass das auszuführende Kriegsmaterial gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wird oder (...) an einen unerwünschten Empfängerstaat weitergegeben wird» Exporte verboten seien (Kriegsmaterialverordnung KMV vom 25. Februar 1998, Stand am 1. Oktober 2015).

In seiner Antwort bestätigt Bundespräsident Schneider-Ammann diese Feststellung der SFB: «Der Bundesrat hat sich bei der Bewilligung von Kriegsmaterialgeschäften an die Bestimmungen des Kriegsmaterialgesetzes und der Kriegsmaterialverordnung zu halten.»

Krasse Verletzungen

Tatsächlich hält sich der Bundesrat seit Jahrzehnten nicht einmal zum Schein daran, nicht nur im Falle des saudischen Regimes, das heute wieder im Jemen Krieg führt. Schon 2009 kam es zum Einsatz von Infanterie, Panzern und Kampfflugzeugen Saudi Arabiens im Bürgerkrieg im Norden des Nachbarstaates Jemen. Im März 2011 wurden Soldaten aus Saudi Arabien und den Arabischen Emiraten in Bahrain gegen Protestierende eingesetzt. Dabei liess Saudi Arabien Mowag Panzerwagen aus Kreuzlingen des US-Rüstungskonzerns General Dynamics auffahren. 2011 und 2012 kam es in Saudi Arabien immer wieder zu Demonstrationen und Protesten

gegen die Regierung. Die Kundgebungen wurden mit Gewalt niedergeschlagen und ein strenges Demonstrationsverbot verhängt. Desungeachtet wurden die Kriegsmaterialexporte der Schweiz nach Saudi Arabien und in das



Grafik: H. Frei

Pulverfass des Nahen Osten wurden weiter fortgesetzt, widerrechtlich unter krasser Verletzung des Kriegsmaterialgesetzes und der Kriegsmaterialverordnung.

Laut der offiziellen Statistik des Bundes exportierte die Schweiz von 1975 – 2015 für 17 113 Milliarden Franken Kriegsmaterial. Verkauft wurden diese Rüstungsgüter zu einem grossen Teil an kriegführende Staaten, in Spannungsgebieten, an menschenrechtsverletzende Regimes und an arme Länder in der Dritten Welt, in denen Menschen hungern.

In den 17 113 Milliarden Franken sind die besonderen militärischen Güter nicht eingerechnet, die ebenfalls exportiert wurden, aber nicht in der offiziellen Statistik erscheinen. Beispielsweise sind dies militärische Trainingsflugzeuge, Aufklärungsdrohnen und Nachtsichtgeräte. Pilatus Flug-

zeuge wurden im Irak vom Saddam Hussein für Giftgasbombardierungen eingesetzt, die tausenden Menschen das Leben gekostet haben.

Auch die Finanzierung von Waffen-geschäften durch Schweizer Banken erscheinen in diesen Zahlen nicht. Schweizer Geldinstitute, die Nationalbank, Banken und Pensionskassen investierten in den letzten Jahren auch in Firmen, die Atombomben, Clusterbomben und Antipersonenminen herstellen. Dabei handelt es sich nach der schweizerischen Gesetzgebung eigentlich bei «Atombomben, Streubomben und Anti-Personenminen» um «Verbotenes Kriegsmaterial».

Schon die frühere Kriegsmaterialverordnung und das Kriegsmaterial-

gesetz, 1973 in Kraft gesetzt, sind nie eingehalten worden⁽¹⁾. Laufend wurde nach 1973 Kriegsmaterial an Staaten verkauft, die Kriege führten und die Menschenrechte mit den Füßen traten, wie die Arbeitsgemeinschaft für Rüstungskontrolle und ein Waffenexportverbot (ARW) damals immer wieder dokumentierte.

Auch 70 Experten in Völkerrecht und Strafrecht kritisierten die Nichteinhaltung der Kriegsmaterialverordnung im Oktober 2009 in einem offenen Brief an Bundesrätin Doris Leuthard, sowie an die Direktion für Völkerrecht im Aussendepartement der damaligen Bundesrätin Micheline Calmy-Rey.

Die Professoren bemängelten wie die seit Dezember 2008 geltende revidierte Kriegsmaterialverordnung gehandhabt werde. Insbesondere kritisierten sie die Auslegung des Artikels, wonach ein Exportverbot für Länder gilt, die «in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt sind». Würde der Artikel konsequent umgesetzt, hielten die Professoren fest, dürften etwa weder nach Deutschland noch in die USA Rüstungsgüter geliefert werden, denn diese Nationen seien in Afghanistan und im Irak an Kriegen beteiligt. Die Argumentation von Bundesrätin Leuthard, dass die Ausfuhr in diese Länder nicht unterbunden werde, weil UNO-Resolutionen die Teilnahme an diesen bewaffneten Konflikten stützten, sei völkerrechtlich irrelevant. Nicht weniger fragwürdig seien Exporte in Staaten wie Saudi Arabien oder Pakistan, die Menschenrechte verletzen oder in internen Konflikten stünden, stellten die Rechtsgelehrten fest. Bewilligt wurden diese Lieferungen meist mit der Begründung, dass das Material nicht in bewaffneten Auseinandersetzungen und nur für Missionen mit UNO-Mandaten gebraucht werde.

Spitzenplatz der Schweiz

Am Schluss der bundesrätlichen Antwort wird festgehalten, «die schweizerische Exportkontrollpraxis in Länder des Nahen Ostens, auch im internationalen Vergleich» sei «sehr restriktiv und wird es auch weiterhin bleiben.» Im Zusammenhang mit dem «Internationalen Waffenhandelsvertrag» sprach das Staatssekretariat für Wirtschaft des Bundes sogar von «einer strengen Gesetzgebung und Bewilligungspraxis der Schweiz

betreffend Rüstungsausfuhren» die unser Land «aktiv und glaubwürdig einbringen könne». Fakt ist aber: Die Schweiz exportierte pro Kopf der Bevölkerung, gerechnet 2014 und auch 2015, nach den Zahlen des Stockholm International Peace Research Institute SIPRI, nach Israel weltweit am meisten Kriegsmaterial. (Siehe Grafik der Rüstungsexporte 2015 in US Dollar, pro Kopf der Bevölkerung. Zahlen SIPRI)

Kriegsmaterialexporte vor Gericht

Unser Land belieferte NATO-Staaten, die 1999 ohne UNO Mandat einen Luftkrieg gegen Jugoslawien führten und später Afghanistan, den Irak, Libyen und jetzt Syrien zusammenbombten, laufend mit Waffen. Die Menschen aus Syrien fliehen seit dem bisher erfolglosen Regimewechselkrieg nach dem Libanon, nach Jordanien und nach der Türkei, und auch nach Europa, woher viele der Bomben Granaten kommen die Städte Dörfer und Städte in Schutt und Asche legen.

Laut Artikel 25 des Schweizerischen Strafrechtzbuches hat jemand, der Beihilfe zu Verbrechen leistet, mit einer Bestrafung zu rechnen (unter anderem Beihilfe zum Mord, zu vorsätzlicher Tötung, zu schwerer Körperverletzung und zu schwerer Sachbeschädigung). Gehilfe ist derjenige welcher «zu einem Verbrechen oder zu einem Vergehen vorsätzliche Hilfe leistet», wer also «vorsätzlich in untergeordneter Stellung die Vorsatztat eines andern fördert». Das schweizerische Strafrecht sieht dabei keine Ausnahmeregelungen für die Beihilfe bei Verbrechen während eines Krieges vor. Einen strafrechtlichen Freipass für die Tätigkeit von privaten und staatlichen Waffenexporteuren und ihre Gehilfen im Staatsdienst gibt es nicht. Wer in Kauf nimmt, dass Kriegsmaterial gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wird, hat mit einer Strafe zu rechnen. Solche Verbrechen sind, laut Artikel 75 bis des Strafrechtzbuches, sogar unverjährbar.

Doch die Schweizer Justiz interveniert in Sachen «Beihilfe zum Mord, zu vorsätzlicher Tötung, zu schwerer Körperverletzung durch Kriegsmaterialexporte» nicht. Die Gerichte werden mit Delikten des kleinen Mannes beschäftigt.

Vier Millionen Schuss

In modernen Kriegen gehören oft 90 – 95 Prozent Zivilpersonen direkt oder indirekt zu den Opfern von Kriegshandlungen. Wer Kriegsmaterial exportiert, nimmt damit in Kauf, dass «Kriegsmaterial gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wird». Rüstungsgüter, auch der bundeseigenen schweizerischen Rüstungsbetriebe, der RUAG, werden heute von Staaten benutzt, die Kriege führen, von den USA, von weiteren NATO-Staaten, den Regimes im Nahen Osten, usw. Sturmgewehrmunition, die den Kurden von der deutschen Bundeswehr im Irak im Kampf gegen den so genannten islamischen Staat geliefert wurde, ist von der bundeseigenen RUAG Ammotec in Deutschland produziert worden. Es soll sich bei dieser Lieferung von RUAG-Ammotec-Munition in den Irak um vier Millionen Schuss gehandelt haben.

Schlussfolgerungen:

Nach der Schweizerischen Bundesverfassung ist nach Artikel 5 «Grundlage und Schranke staatlichen Handelns das Recht». Deshalb meine Aufforderung an Herrn Bundespräsident Schneider-Amman: Setzen Sie sich dafür ein, dass in Zukunft kein Kriegsmaterial und auch keine besonderen militärischen Güter, wie Pilatus-Trainingsflugzeuge, Aufklärungsdrohnen und Nachtsichtgeräte in das Pulverfass des Nahen Osten geliefert werden und auch nicht an NATO-Staaten, die sich immer wie-

der an Kriegen beteiligt haben. Sorgen Sie auch dafür, dass die bundeseigenen Rüstungsbetriebe RUAG im Ausland kein Kriegsmaterial mehr produzieren.

⁽¹⁾Das revidierte Kriegsmaterialgesetz wurde 1973 in Kraft gesetzt. Nach Artikel 11, Absatz 2 des Kriegsmaterialgesetzes werden keine Ausfuhrbewilligungen erteilt.

a.) nach Gebieten, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht, ein solcher ausbrechen droht oder sonst wie gefährliche Spannungen bestehen;

b.) wenn Grund zur Annahme besteht, dass Kriegsmateriallieferungen in ein bestimmtes Land die von der Schweiz im internationalen Zusammenleben verfolgten Bestrebungen, insbesondere zur Achtung der Menschenwürde, sowie im Bereich der humanitären Hilfe oder der Entwicklungshilfe, beeinträchtigen.

US-Waffen nach Syrien

Plan «B»

Die USA planen massive Waffenlieferungen nach Syrien, falls der gegenwärtige Waffenstillstand nicht hält.

Von Jason Ditz

Während die meisten Menschen sich auf den syrischen Waffenstillstand, der seit Februar hält, als eine Chance konzentrieren, eine Lösung für den Bürgerkrieg zu verhandeln, schauen die Vereinigten Staaten von Amerika und ihre «überprüften Rebellen» weiter voraus und schmieden Pläne für den Tag, an dem dieser zusammenbricht.

Laut Regierungsvertretern, die mit der Situation vertraut sind, hat die CIA einen «Plan B» für den Fall des Zusammenbruchs der Friedensgespräche vorbereitet, laut dem ein massiver neuer Zufluss von Waffen der Vereinigten Staaten von Amerika an «gemässigte» Rebellenfraktionen vorgesehen ist, in einem weiteren Versuch, dem Krieg eine Wendung zugunsten dieser Gruppen zu geben.

Wenn das bekannt klingt, dann deshalb, weil die CIA bereits früher in diesem Krieg Programme für die Bewaffnung von «überprüften» Rebellenfraktionen durchführte, wobei diese Programme den Erfolg hatten, dass diese Gruppen nicht stärker wurden, und grosse Mengen von Waffen der USA in den Händen von ISIS und al-Qaeda Nusra-Front landeten.

«Plan B» ist somit nichts anderes als US-Amerikas lange bestehender Plan A, der bereits gescheitert ist, umgetauft mit einem anderen Buchstaben, denn nominell haben die USA so zu tun, als glaubten sie an den Friedensprozess, für dessen Zusammenbruch sie sich schon so fleissig vorbereiten.

Derselbe Plan, nur mehr davon, wobei Regierungsvertreter sagen, dass die CIA auch plant, noch wirkungsvollere Anti-Flugzeug-Waffen an die Rebellenfraktionen zu senden, mit einem Hinblick auf den Abschuss von syrischen Kampfflugzeugen.

Und russischen. Nachdem Russland jetzt direkt am Krieg beteiligt ist, scheint die Lieferung von Waffen für den Abschuss von russischen Flugzeugen eine ganz bewusste Provokation seitens der USA zu sein, und überdies zeitmässig schlecht geplant, da diese angeblich ein Abkommen verhandeln, um gemeinsam gegen ISIS vorzugehen.

Obwohl US-Regierungsvertreter weiterhin darauf bestehen, dass der Kampf gegen ISIS ihren hauptsächlichsten Schwerpunkt in Syrien bildet, widerspiegelt die Lieferung von Anti-Flugzeug-Waffen die Prioritäten der Administration, zu denen wie immer der Kampf gegen Russland gehört.

(Quelle: antikrieg.com)

SP Schweiz zum Bundesratsentscheid

Verantwortungslos und unwürdig

In einer Medienmitteilung vom 20. April 2016 unter dem Titel «Waffenexporte auf die arabische Halbinsel verstossen gegen Kriegsmaterialverordnung» stellt sich die Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS gegen den gleichtags bekannt gegebenen Entschluss des Bundesrates, die Waffenexporte u.a. nach Saudi Arabien freizugeben.

Mit der Genehmigung der Waffenlieferung an die Autokratien auf der arabischen Halbinsel und im Nahen Osten verletzt der Bundesrat die Kriegsmaterialverordnung. Kriegsgerät in eine Region zu exportieren, in der Krieg, Gewalt und Flucht alltäglich, Menschenrechte und Demokratie jedoch weitgehend inexistent sind, ist verantwortungslos und der Schweiz unwürdig.

Der Bundesrat hat heute den Export von Waffen im Wert von hunderten Millionen Franken auf die arabische Halbinsel und in den Nahen Osten genehmigt. Dies obschon die dortigen Regimes den Menschenrechten wenig Beachtung schenken und im Jemen ein blutigen Krieg führen.

Die SP hält den Entscheid des Bundesrats für grundfalsch und rechtswidrig, denn weder Saudi Arabien noch Ägypten, Bahrain, Katar, Kuwait sowie die Vereinigten Arabischen Emirate erfüllen die Kriterien, welche die Kriegsmaterialverordnung an Bestimmungsländer von Schweizer Waffenexporten stellt. Die Kriterien «Regionale Stabilität», «Respektierung der Menschenrechte» oder «Einhaltung des Völkerrechts» werden von diesen Staaten nicht erfüllt.

Besonders zynisch ist, dass sich Bundesrat Schneider-Ammann ansonsten mit Händen und Füßen dagegen wehrt, um Unternehmen, die unter der Frankenkrisis leiden, zu helfen. Wenn es aber um die Produktion und den Verkauf von Kriegsgerät geht, hat der rechte Bundesrat plötzlich keine Skrupel mehr, eine aktive Industriepolitik zu betreiben. (Quelle: sp-ps.ch)

Geschichten aus dem Kalten Krieg

Zu rot für die Nationalfarben

Wenige Tage trennen uns vor der Eröffnung der Eishockey-Weltmeisterschaft 2016, die vom 6. – 22. Mai in Moskau und St. Petersburg ausgetragen wird. Die Schweizerische Nationalmannschaft unter Coach Patrick Fischer wird in der Gruppenrunde mit den Russen, den Tschechen und den Schweden harte Nüsse zu knacken haben.

Zwischen Mauerbau und Kubakrise fand die WM 1962 in Colorado Springs (USA) ohne Russen und Tschechen statt. Weil die USA der DDR-Nationalmannschaft die Einreise verweigert hatten, sagten auch die übrigen sozialistischen Länder Europas ihre Teilnahme ab. Die Schweiz hatte ihren Kotau gegenüber dem Kalten Krieg bereits einige Wochen zuvor geleistet: Sie entliess den noch im Dezember 1961 einhellig gewählten Coach des Nationalteams Reto Delnon wegen seiner ungehörigen Zugehörigkeit zur Partei der Arbeit und ersetzte ihn durch einen Berner Polizisten. Die Schweiz wurde unter diesem übrigen Zweitletzte, mit einem Tor-Unverhältnis von 21:60...

Von Martin Schwander

Als eifrigen Debattierer porträtierte der linke Basler Maler Heiri Strub 1948 in Samedan seinen Freund und Mitstreiter, den Bündner Bildhauer Giacomo Delnon. Die Gouache zeigt den Mitbegründer der Partei der Arbeit neben seiner Frau Rosa auf seinem Sofa, von wo er jeweils sogar mit dem Radio lauthals diskutiert habe, wie Heiri Strub dem Journalisten Jürg Frischknecht zu Protokoll gab: «Kamen schlechte Nachrichten, musste man befürchten, dass er den Apparat zusammenhaut.» (Quelle: «piz» Nr. 38). Delnon, der sich später auch in der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB) engagierte, war an seinem Wohnort als Kommunist «dorfbekannt». Dass er im Zweiten Weltkrieg einem geheimen antifaschistischen Netzwerk angehört hatte und in der Versorgung italienischer Partisanen eine zentrale Rolle spielte, blieb hingegen sogar den Spitzeln der Bundespolizei verborgen. So beispielsweise, dass sich an seinem Küchentisch der Operationsstab der Oberitalienischen Garibaldi trafen – jener also, die kurz danach Mussolini schnappen sollten.

Giacomo und Rosa Delnon hatten zusammen acht Töchter und Söhne, zwei Töchter hatte Rosa zudem aus erster Ehe nach Samedan mitge-

Karriere auf dem Eis, zum andern die elf Tore, die er 1948 in der obersten Liga in einem einzigen Match erzielte – ausgerechnet er, der das Kollektiv sowohl als Spieler wie als Trainer immer in den Vordergrund gestellt hatte: «Einer für Fünf, und nicht fünf für Einen», war eigentlich seine Parole.

In den 50er und zu Beginn der 60er Jahre trainierte Reto Delnon das Team von La Chaux-de-Fonds, wohin er 1952 gezügelt war und wo er bald darauf seine spätere Frau Edith kennenlernte. «Ich war ein Mädchen vom Lande aus dem Broye-Bezirk und kannte nichts von der Welt», erinnert sich die heute 83jährige Witwe an ihre erste Begegnung. «Reto hingegen war eine Berühmtheit, kam gerade von den Olympischen Spielen in Oslo zurück und hatte als Nationalspieler schon viele Länder gesehen.» Noch heute, 33 Jahre nach dem Tod ihres Mannes, schwärmt sie von den schönen Erinnerungen, die sie mit ihrer gemeinsamen Zeit verbindet: «Es vergeht kaum ein Tag, an dem ich nicht davon zehre.»

Toller Typ

Das Hochland von Neuenburg war bereits in den 50er Jahren ein Zentrum der linken Bewegung und die Kommunisten der PdA drittstärkste Kraft. Ihnen schloss sich der 28jäh-

Fonds, das er neben seiner Tätigkeit als Spieler, Trainer und schliesslich Club-Präsident der lokalen Hockey-Mannschaft führte, wurde bald zum beliebten Treffpunkt der «Popisten», wie die Kommunisten in Neuenburg noch heute genannt werden. Als Frontmann der Partei trat der populäre Sportler hingegen nie auf: «Wir kannten und bewunderten ihn vor allem als Eishockey-Star», erinnert sich der frühere Eishockey-Trainer und PdA-Veteran Charly de la Reusille an Reto Delnon. «Wir wussten zwar, dass er mit unserer Sache sympathisierte und ein toller Typ war», meint der Vater des jetzigen PdA-Nationalrates Denis de la Reusille. «Er war aber eher ein ruhiger Mensch und hat politisch auch nie agitiert. Dass er sogar auf unserer Mitgliederliste stand, erfuhr ich selbst erst später.»

«Erst später» traf im Januar 1962 ein und dafür gesorgt hatte der Erste Adjunkt der Bundespolizei, Dr. André Amstein, persönlich.

Im Visier der BuPo

Der BuPo war Reto Delnon wohlbekannt, schliesslich reichte allein sein Familienname zum Generalverdacht als subversives Element. Noch 1960 zwar wussten die Spezialdienste der Neuenburger Polizei kaum «Nachteiliges» über Delnon nach Bern zu berichten: «Er kennt den [Kommunisten-]Führer André Corswant und tutzt ihn. Liebenswürdig, eher schweigsam, hat er den Ruf eines guten Kerls. ... Reto Delnon wird als Parteigenosse betrachtet. Er wurde noch nie an Kundgebungen gesichtet und er ist kein aktives Mitglied. ... Gemessen an den Instruktionen des Armeesicherheitsdienstes ist Reto Delnon für den Augenblick nicht im Spezialverzeichnis zu führen.»

Nur ein halbes Jahr später hatte sich die Situation verändert. Delnon zeigte sich immer offener mit Mitgliedern der PdA, monierte die Neuenburger Polizei in einem weiteren Bericht nach Bern und sie warnt vor dem Einfluss, den er als Trainer und Klubpräsident auf die Jugendlichen ausüben könnte: «Wir denken es wäre angebracht, Reto Delnon in unser Spezialverzeichnis aufzunehmen, und zwar in der Kategorie «Blau» der Verdächtigen.» Wiederum sechs Monate später war aus dem zurückhaltenden «guten Kerl» endgültig der Wolf im Schafspelz geworden: «Es muss alles nach seinem Kopf gehen und er führt sich auf wie ein Diktator», wird nach Bern geklagt. «Die Jungen sind besonders anfällig für die Argumente von Reto Delnon und um spielen zu können, zögern sie nicht, sich seinen Ansichten anzuschliessen.» Er schein in Bezug auf die Zusammenstellung der Mannschaft Bedingungen zu stellen und verlange dem Anschein nach von den Spielern, sie müssten Mitglied der PdA werden. Belege dazu konnten die Staatsschützer jedoch nicht anfügen, denn: «Der Genannte ist schlau, er gibt sich bedeckt und man hört ihn nie offen über Politik sprechen.»

Diese Infos und ein kurzes Interview, das Delnon der PdA-Zeitung «Voix Ouvrière» im Januar 1961 gegeben und worin er sich nach einer Tournee seines Klubs in der DDR lobend über das dortige Sozialsystem ausgesprochen hatte, wurden in Bern am Sitz der Bundesanwaltschaft in



Reto Delnon, Ex-Internationaler und Spieler-Trainer des HC La Chaux-de-Fonds, 1957. Foto zvg

einem Dossier genüsslich gesammelt und warteten darauf, gezielt eingesetzt zu werden.

Der gesteuerte Zufall

Die Stunde des Dossiers schlug bereits im Januar 1962. Im Dezember 1961 nämlich hatte der Schweizerische Eishockey-Verband den erfolgreichen Coach des schweizerischen Eishockey-Nachwuchses Reto Delnon zum Trainer und Coach der Nationalmannschaft ernannt. Der Ernennung war ein Trainerdebakel vorausgegangen und der erfolgreiche Alt-Internationale aus La Chaux-de-Fonds sollte im Hinblick auf die WM vom März 1962 die Angelegenheit richten. Delnon erhielt viele Vorschusslorbeeren und noch am 7. Januar 1962 wurden seine Mannschaftszusammenstellung, seine Pläne für die WM-Vorbereitung sowie sein Programm für die Zukunft von sämtlichen Klubpräsidenten und Trainern der höchsten Schweizer Liga «einstimmig genehmigt». Diese hätten auch die Bereitschaft gezeigt, «der neuen Führung der Nationalmannschaft die volle Unterstützung zukommen zu lassen» («Sport», 8. Januar 1962).

An diesem 8. Januar, einem Montag, lagen der «Kurzbericht über Delnon, Reto» der Bundesanwaltschaft und eine Kopie der «Voix Ouvrière» vom 14. Januar 1961 mit dem inkriminierten DDR-Interview von Delnon schon vier Tage lang auf dem Pult von Dr. Amstein. Was die Neuenburger Politpolizisten noch im Konjunktiv formuliert hatten, war darin bereits zur Tatsache verkommen: «Er versucht den EHC La Chaux-de-Fonds mit Linksextremisten zu durchsetzen, was verschiedene Austritte zur Folge hatte, und verlangt von den jungen Spielern die Zugehörigkeit zur POP [PdA]. – Seine linksextremistische Politik weiss Delnon geschickt zu tarnen.» Handschriftlich notierte der nachmalige Chef der Bundespolizei Dr. Amstein auf dem im Bundesarchiv lagernden Exemplar des Kurzberichtes, Presse und Vorstand des Eishockey-Verbandes seien darüber zu informieren und meldete in einem weiteren Vermerk vom 10. Januar 1962 Vollzug: «Vertraulich Dr. Thomas, Praes. EH Verband orientiert».

Einmal mehr bot sich die Schweizerische Politische Korrespondenz an, die Infos aus der Bundesanwaltschaft der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. «Ein glücklicher Zufall» habe ihr dieser Tage die «Voix Ouvrière» in die Hände gespielt, meint der Pressedienst der Schweizer Wirtschaft am 11. Januar 1962 scheinheilig und zitierte die Aussagen, die Reto Delnon dieser Zeitung gegenüber ein Jahr zuvor nach seinem DDR-Besuch gemacht hatte.

Damit war die Hexenjagd eröffnet. Eiligst wurde die Spitze des Eishockeyverbandes per Telegramm an eine Sitzung nach Bern beordert und beschloss – nicht einstimmig zwar aber per Akklamation durch die deutschschweizer Presse – sich per sofort von Reto Delnon als Coach zu trennen und statt dessen den Trainer des SC Bern und – als Mitarbeiter des Erkennungsdienstes wohl unverdächtigen – Polizisten Ernst Wenger einzusetzen.

Nein, das dulden wir nicht!

Während sich die Journalisten in der Welschschweiz und im Tessin mit Delnon solidarisierten, überschlug sich die Presse in der deutschen Schweiz, angeführt durch «Blick» und NZZ, mit Gehässigkeiten und Häme gegen den zweifachen Familienvater. «Reto Delnon hat es durch seine politische Inaktivität, durch technische Brillanz und Instruktion eines betont fairen Spiels verstanden, seine politische Gesinnung zu tarnen und sich für eine leitende Stellung im Schweizer Eishockeyverband zu qualifizieren», schrieb allen Ernstes Sportredaktor Dr. H. Gisler (NZZ, 19. Januar 1962) und für das Bündner Tagblatt war holprig klar, warum Delnon für gerade diese Stellung fehl am Platz war: «Einen Mann als Coach und Betreuer einer Mannschaft, die im Eishockey die Schweiz repräsentiert, zu haben, der einer Partei angehört, welche dem Vaterlande feindlich gegenübersteht, nach den Regieanweisungen des Kremles handelt und jederzeit unser Land verrät und auch weiter in Zukunft verraten wird, wo es nur möglich ist, geht über das hinaus, was auch unter Einhaltung gewisser Neutralitätsbedingter Rück-

Fortsetzung Seite 6



Giacomo und Rosa Delnon. Gouache von Heiri Strub 1948. Aus: «Unbeirrt», Christoph Merian Verlag, Basel 2008

bracht. 1948, als das Gemälde von Heiri Strub entstand, waren drei der Söhne als Eishockey-Spieler bereits zu schweizweitem Ruhm gelangt: Als «Non-Sturm» betitelt, trugen sie Dutzende Male gemeinsam die Farben der Schweizerischen Eishockey-Nationalmannschaft und bildeten die bis heute einzige Sturmreihe aus Brüdern, die für das Nationalteam aufgeboden wurde.

Dorf trifft Welt

Besonders hervorgetan hatte sich dabei das jüngste der Delnon-Kinder, der 1924 geborene Reto. Insgesamt 74 mal stand er mit dem Schweizer Kreuz auf dem Eis und war tragende Kraft in verschiedenen Teams der Obersten Liga und eine Saison lang auch als Spielertrainer beim Club von Inter-Milano. Als Nationalspieler gewann er zweimal WM-Bronze und errang 1950 in London gar den Europa-Meistertitel. Noch heute sind zwei seiner Rekorde ungebrochen. Zum einen die schier unglaubliche Zahl von lediglich 5 Strafen in einer 20jährigen

rige Bündner an. Wie die meisten seiner Geschwister war Reto geprägt durch die Ideale seiner Eltern und so war es für ihn nur natürlich, dass er in seiner neuen Heimat die Nähe jener suchte, die sich wie er selbst für eine friedliche und gerechte Welt engagierten. «Ein Mann wie Du», sollte der geachtete Arbeiterführer, Mitbegründer der Friedensbewegung und PdA-Stadtrat von La Chaux-de-Fonds André Corswant in einem offenen Brief an Delnon einst schreiben, «einer Familie entstammend, die den besten Traditionen der Arbeiterklasse verbunden ist, fandest Du in der Partei die tiefe Befriedigung, die auf einer andern Ebene Deinem Leben Sinn gab, indem Du mit Herz und Verstand teilnahmst am Weltgeschehen auf dem Wege zu einer Welt im Frieden, der Gerechtigkeit und dem Wohlstand für alle.» («Vorwärts», 26. Januar 1962)

Delnon machte nie ein Hehl aus seiner Parteizugehörigkeit, und «Chez Reto», das Bistro im Eishockey-Stadion und Bad von La Chaux-de-

Zu rot...

Fortsetzung von Seite 5

sichten noch akzeptiert werden könnten.» («Bündner Tagblatt», 27. Januar 1962). Ins selbe Horn hatte bereits das Luzerner Tagblatt gestossen: Ausgerechnet ein Mitglied der moskauhörigen «Partei des Auslandes» sollte «erster Betreuer, Berater und Chef jener schweizerischen Sportler sein, die das weisse Kreuz im roten Feld, das Ehrenzeichen unserer Nation, auf der Brust tragen. Nein, das geht zu weit! ... Wir haben noch Schweizer, die diesen Namen zu recht tragen, die bereit und fähig sind, unsere Sportler zu trainieren. Auch senkrechte Ausländer lehnen wir nicht ab. Aber Söldner Moskaus im eidgenössischen Nationaltrikot? – Nein, das dulden wir nicht!» («Luzerner Tagblatt», 17. Januar 1962). Delnon selbst ging auch jetzt nicht auf Distanz zu seiner Partei. «Er hätte doch einfach sagen können, er sei bloss Sympathisant oder er sei für eine starke AHV, für drei Wochen Ferien etc.», meint Charly de la Reusille. «Aber nein, er stand hin und sagte: Ja, ich bin Mitglied der PdA. Das war eigentlich grossartig.»

Nur gerade die «Tat» – neben dem PdA-Blatt «Vorwärts» natürlich – mochte sich in der deutschen und rätoromanischen Schweiz nicht der Schmierenkampagne gegen Reto Delnon anschliessen. Delnon sei schon Mitglied der PdA gewesen, «als er für unser nationales Eishockey Lorbeeren holte», schrieb die Zeitung des Landesrings. «Damals allerdings warf ihm niemand seine Parteizugehörigkeit vor, aus der er nie ein Geheimnis gemacht hatte. Er war ein grosser Sportler, der sich für unsere Farben immer glänzend geschlagen hatte. Und heute wird er plötzlich von verschiedenster Seite angegriffen. Eine infame Hass- und Hetzkampagne wurde gegen ihn eröffnet.» («Tat», 18. Januar 1962).

Propagandatricks der PdA...

Ganz zu verfangen schien die Kampagne bei der Bevölkerung indes nicht, wenn auch Delnon in den ersten Tagen massive Drohbriefe zugesandt bekam. Der «Blick» beispielsweise krebste bereits am 17. Januar ein klein wenig zurück und brachte auch kritische Stimmen, so etwa das anonyme Zitat eines Mannes von der Strasse: «Wenn er nazifreundlich gewesen wäre, hätte man Reto in Zürich noch zum Doktor der Eishockey-Wissenschaft ernannt.» Dank eines von der Bundespolizei abgehörten und protokollierten Telefongesprächs zwischen dem nachmaligen Aussenminister Pierre Aubert, der Delnon als Anwalt vertrat, und dem PdA-Politiker André Corswant kennen wir auch den Grund dieses Krebsganges: Der Redaktion des «Blick», so hatte Corswant von Blick-Redaktor Gilbert Bourquin erfahren, seien 400 Leserbriefe zugegangen, wovon 390 die Partei von



Europameister Schweiz, London 1950: Dritter von links der «Söldner Moskaus im eidgenössischen Nationaltrikot» Reto Delnon. Foto zvg

Delnon ergriffen hätten. Diese delnonfreundliche Grundstimmung blieb auch der Zeitung der Basler Sozialdemokraten nicht verborgen, die sich darauf zur Behauptung verstieg, die Affäre Delnon scheine «nichts anderes zu sein, als ein raffinierter Propagandatricks der PdA» (AZ, 19. Januar 1962).

Tatsächlich musste selbst die politische Polizei in einem Rapport vom 18. Oktober 1962 notieren, die Popularität von Reto Delnon sei kometenhaft gestiegen und er habe sich zahlreiche Sympathien auch in den bürgerlichen Kreisen geholt: «Die Bevölkerung insbesondere von La Chaux-de-Fonds hat einen Märtyrer aus ihm gemacht.» Die PdA ihrerseits, so wird sauerlich festgestellt, habe «einen spürbaren Mitgliederzuwachs erhalten, speziell aus Kreisen der Jungen.»

Sportlich liess sich Delnon nichts anmerken. Er hatte in zahlreichen Schülerturnieren eine solide Juniorenequipe zusammengestellt, die er mitten in den Wirren um seine Person zum Schweizer Meistertitel führte. Aus dieser Equipe stammten die Spieler, die nur einige Jahre später das Schweizer Eishockey aufmischen und La Chaux-de-Fonds zwischen 1968 und 1973 zum sechsfachen Meister aller Ligen machen sollten. Persönlich hingegen war Delnon betroffen. Mit der Entlassung als Nationalcoach hätten die Ligaverantwortlichen ihn nicht einer Stelle beraubt, die er gar nicht gesucht habe, schrieb André Corswant im bereits erwähnten offenen Brief an Reto Delnon, «sondern einer ehrenvollen Arbeit, die Du be-

reit warst zu übernehmen mit all Deinen Kenntnissen und für die Du Dich voll und ganz einsetzen wolltest, um sie mit Erfolg durchzuführen. Wir wissen, dass sie Dich damit schwer verletzt haben.» («Vorwärts», 26. Januar 1962).

Passionierter Fischer

Reto Delnon verliess La Chaux-de-Fonds im Herbst 1962: «Er wollte seine Familie unbedingt schützen, sowohl physisch wie auch wirtschaftlich», erklärt sein Sohn Renato. «Und diesen Schutz glaubte er in seiner Bündner Heimat am besten gewährleistet. Er hat sich deswegen auch gänzlich aus der Politik zurückgezogen, ohne seine Ideale indes zu verleugnen.»

Für einige Monate arbeitete Delnon in Samedan in der Firma eines Jugendfreundes, dann wurde er vom Hockey-Club Freiburg-Gottéron zum Trainer berufen. Gottéron befand sich mit seinem überalterten Team in der Krise und dem traditionsreichen Klub drohte der Abstieg aus den obersten Ligen. Delnon musste im entscheidenden Spiel sogar selbst wieder aufs Eis und trug mit drei Treffern zum Ligaerhalt bei. Lange sollte er Freiburg-Gottéron treu bleiben, zunächst als Headcoach, danach als Trainer des Nachwuchses, schliesslich als Goalie-Trainer und 1974 noch einmal als Trainer der Elite-Junioren, bei welchen auch Sohn Renato spielte. «Mein Vater konnte aber nie allein vom Eishockey leben», unterstreicht Renato Delnon. «Das waren andere Zeiten, es gab keine Vollprofis. So arbeitete er bis zu seinem Tod in der Brauerei Cardinal, zuletzt als Vertreter.»

Dieser Tod kam unvermittelt. Zwar plagte Delnon seit Jahren ein Nierenleiden, das ihn auch zur Dialyse zwang, doch letztlich war es eine geplatze Arterie, die ihn am 6. November 1983 im 59. Lebensjahr aus dem Leben riss. «Es gab keine Anzeichen», erinnert sich Renato. «Kurz zuvor hatte er noch Risotto gekocht.»

Der heute 59jährige Schauspieler und ehemalige Militärpilot, Cousin des früheren Basler Theaterdirektors Georges Delnon, porträtiert seinen Vater als einen Mann, der auch in der Familie nicht viel sprach und seine Gefühlsregungen eher verbarg, dessen Liebe und Fürsorge aber ganz seiner Frau und seinen beiden Söhnen galt. «Dass er ein passionierter Fischer war, passte zu ihm. Noch von Freiburg aus gingen wir zusammen jeweils an den Doubs, ich liebte diese stillen Stunden mit meinem Vater.»

(Verfasst unter Einsichtnahme des Dossiers über Reto Delnon im Bundesarchiv)

Freiheit für Ana

Post für Suzi

Post von der SFB für Suzi LeVine, Botschafterin der USA in der Schweiz: In einem Brief fordert die Schweizerische Friedensbewegung Frau LeVine auf, sich bei Präsident Obama für die Freilassung der puertoricanischen Gewissensgefangenen Ana Belén Montes stark zu machen.

«Aus Anlass des Internationalen Frauentages vom 8. März bitten wir Sie, sich bei Präsident Barack Obama für eine sofortige Haftenerleichterung und schliesslich Begnadigung der wegen Spionage für Kuba verurteilten und inhaftierten US-Staatsbürgerin Ana Belen Montes (FMC 25037-016, Carswell Federal Medical Center Prison) einzusetzen», heisst es in dem von Julia Hoppe, Sekretärin der SFB unterzeichneten Schreiben.

«Frau Belen Montes hat nach unseren Informationen weder Zugang zu elektronischen oder Printmedien und ihr werden offenbar auch die üblichen Besuchs-, Mail- und Telefonkontakte verwehrt. Wir bitten Sie, darauf hinzuwirken, dass Frau Belen Montes diese elementaren Rechte gewährt werden.

Frau Belen Montes hat über die Hälfte ihrer Strafe abgesessen und sich während der langen Jahre im Gefängnis immer vorbildlich verhalten. Da sie die ihr damals zur Last gelegten Aktivitäten weder aus finanziellem Interesse noch gegen die Sicherheit der USA ausgeübt hat, sondern

allein aus Sorge um die Beziehungen zwischen den USA und Kuba aktiv geworden ist, sind wir der Meinung, dass ihre Begnadigung ein starkes Zeichen der Versöhnung zwischen den beiden Ländern werden könnte. In diesem Sinne ersuchen wir Sie, sehr geehrte Frau Botschafterin, unser Anliegen Ihrem Präsidenten wohlwollend weiterzuleiten.»

SFB schreibt Ana

Zum Internationalen Frauentag hat die Schweizerische Friedensbewegung Ana Belén Montes einen von den Mitgliedern des Sekretariates unterzeichneten Solidaritätsgruss an ihre Gefängnisadresse geschickt.

Darin heisst es u.a.: «Du sollst ebenso wie die zuständigen US-Behörden wissen, dass eine wachsende Zahl von Menschen und Organisationen nicht akzeptieren, dass Deine Menschenrechte verletzt werden. ... Du bist nicht allein, nicht an diesem Tag und nicht an den 364 andern Tagen.»

Infos zum Fall von Ana Belén Montes siehe auch UW 4/2015 und UW 1/2016.

90 Jahre Martha Martin

Vorbild und Ansporn

Am 25. Februar 2016 feierte die langjährige Sekretärin der Schweizerischen Friedensbewegung SFB, Martha «Marteli» Martin, ihren 90. Geburtstag.

Von Fränzi Genitsch-Hofer

Martelis Jugend wurde geprägt durch die schrecklichen Eindrücke des tobenenden 2. Weltkriegs. Im Mai 1945 konnte die Welt endlich aufatmen. Der Sieg über den Hitlerfaschismus ist mit grossen Opfern erkämpft worden. Es herrschte Not und Zerstörung in Europa, aber auch Erleichterung und Hoffnung. Für Martha war es klar, so etwas darf sich nie mehr wiederholen. Sie schloss sich mit ihrem Mann der Bewegung «Frieden durch Aufbau» an. Sie wollte mithelfen und den Menschen in den vom Krieg stark zerstörten Ländern ihre Solidarität zum Ausdruck bringen. Martha nahm teil an einer Aufbaubrigade in Jugoslawien.

Damit begann der das ganze weitere Leben andauernde Einsatz von Martha Martin in der Friedensbewegung. Marteli ist jung verwitwet und hat mit beispiellosem Einsatz ihre Kinder grossgezogen. Sobald die Kinder sie nicht mehr so stark beanspruchten, intensivierte sie ihre Aktivität für die Schweizerische Friedensbewegung. Sie übernahm die Aufgaben im Sekretariat und führte dieses Amt viele Jahre lang mit grosser Gewissenhaftigkeit und viel Können durch. Sie war jahrelang die rechte Hand von unserem Präsidenten Hans Stebler. Ohne die Hilfe von Martha hätte Joe viele seiner legendären Veranstaltungen und Anlässe sicher nicht so perfekt durchführen können.

Ich selber habe im Jahre 1999 das Sekretariat der SFB von Marteli übernommen. Ich konnte aber weiterhin immer mit ihrer Hilfe und Mitarbeit rechnen und auf sie zählen. Ich war immer wieder erstaunt mit wieviel Geschick und Verständnis Martha mit der modernen Technik und Informatik zurechtgekommen ist. Sie ist im Geist jung geblieben und war immer



Unermüdet: Martha an einem Verkaufstand der SFB. Foto zvg.

für Neues offen. Ihre Geduld und ihr umgängliches Wesen haben die Atmosphäre im Büro der Friedensbewegung geprägt und das Arbeiten für alle Aktivistinnen und Aktivistinnen angenehm gemacht. Marthas Wesen und ihr unermüdetes Schaffen und Wirken haben in all den Jahren viel zum Gelingen der Aktivitäten der Friedensbewegung beigetragen.

Liebes Marteli, wir gratulieren dir nachträglich ganz herzlich zu deinem Jubiläum und danken dir für alles, was du für die Friedensbewegung geleistet hast. Dein Einsatz soll Vorbild und Ansporn sein für nachfolgende Generationen von Friedenskämpfern.

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail (fak.): _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch

Redaktionsschluss dieser Nummer: 19. April 2016



WPC campaign against NATO

YES TO PEACE!

NO TO NATO!

Protest NATO's summit, July 2016 in Warsaw!

Protestiert gegen den NATO-Gipfel 2016 in Warschau!

Ja zum Frieden! Nein zur NATO!

Der Weltfriedensrat will seine Kampagne im Hinblick auf den NATO-Gipfel vom Juli 2016 in Warschau verstärken und erweitern. Wir dokumentieren seinen Aufruf.

Der NATO-Gipfel 2016 wird am 8. und 9. Juli in Warschau stattfinden. Er findet zu einem Zeitpunkt statt, zu dem die NATO ihre «grösste kollektive Verstärkung» der letzten zwei Jahrzehnte vornimmt.

Der Weltfriedensrat ruft zu Mobilisierungen in allen Ländern der Welt auf, zeitgleich zum Warschauer Gipfel, und zum Aufbau der globalen Kampagne gegen die NATO – Ja zum Frieden! Nein zur NATO!

Kriegstreiber NATO

Seit ihrer Gründung im Jahre 1949 ist die NATO ein aggressiver militärischer Arm des Imperialismus. Sie ist die grösste und gefährlichste militärische Organisation der Welt, wechselseitig eng verbunden mit der Aussen- und Wirtschaftspolitik sowohl der Vereinigten Staaten als auch der Europäischen Union.

Seit den neunziger Jahren hat die NATO die Zahl ihrer Mitglieder und ihrer Kriegsschauplätze ausgedehnt. Die NATO hat zurzeit 28 Mitgliedsländer in Nordamerika und Europa. 22 Länder sind im Europäisch-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC) engagiert. Weitere 19 Länder haben Verbindungen zur NATO über Programme wie «Partnerschaft für Frieden», «Mediterraner Dialog», die «Istanbuler Kooperationsinitiative» oder «Initiative Partner auf dem ganzen Globus».

Diese Ausdehnung allein enthüllt den eigentlichen Zweck der NATO: ein entscheidendes Merkmal der imperialistischen Beherrschung der Welt zu sein.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat die NATO zusammen mit ihren Verbündeten Jugoslawien (und seine Provinz Kosovo) überfallen, ebenso Afghanistan, den Irak, Libyen und Syrien, mit dem offensichtlichen Ziel, die Regierungen dieser Länder zu stürzen. In den meisten dieser Fälle wurde die jeweilige Regierung zum Ziel der NATO, weil sie sich weigerte, den Vorgaben der Aussen- und Wirtschaftspolitik der USA oder EU zu folgen. Bei keinem dieser Länder ging es um Demokratie und Frieden – das einzige Ergebnis war der Tod von Menschen, waren Zerstörung und Vertreibung – mit gleichzeitiger Zunahme gewaltsamer Kontrolle der Macht über Ressourcen, und der Profite daraus für die NATO-Länder.

Die NATO drängt ihre Mitglieder dazu, ihre nationalen Militärbudgets

zu vergrössern, und dabei Sparmassnahmen für soziale Programme durchzusetzen, ihre Streitkräfte weiter zu integrieren und Mittel für die ständige Waffenentwicklung bereitzustellen, auch für Kernwaffen. Die Kooperation und Koordinierung mit der EU ist durch verschiedene EU-Verträge und die Schaffung einer EU-Armee formell festgeschrieben worden.

2014 bewirkten die Vereinigten Staaten und die Europäische Union den gewaltsamen Sturz der Regierung der Ukraine – auch mit Hilfe der Organisation, Bewaffnung und Ausrüstung von Neonazi-Sturmtruppen – und ersetzten sie durch ein Klientelregime der EU/USA, das sie zur politischen und ökonomischen Beherrschung der Ukraine und für ihre Strategie gegen die Russische Föderation einsetzen. Angesichts von Gewalt und Faschismus sind die Menschen in der Ost- und Südukraine mit Aktionen aufgetreten, um mit russischer Unterstützung ihr Leben, ihre Kulturen und ihre Geschichte, ihre Gemeinschaften und Interessen zu schützen. Die NATO nutzte das als einen Vorwand, um ihre militärischen Aktivitäten zu erhöhen und ihre Stützpunkte in alle Ländern Osteuropas und der Nordpolargebiete auszudehnen. Gleichzeitig haben alle EU-Regierungen ökonomische und politische Sanktionen gegen die Russische Föderation verhängt und erhalten sie aufrecht.



Die Aktionen der NATO, des bevorzugten militärischen Instruments des US- und EU-Imperialismus, führten zu einem anhaltenden Klima der Konfrontation zwischen den wichtigsten Kernwaffenländern. Solche Provoka-

tionen drohen damit zur Eskalation von Spannungen und zur realen Gefahr einer nuklearen Konfrontation und eines allgemeinen Kriegs beizutragen, der unvermeidlich die Zivilisation auf unserem Planeten zerstören würde.

Kampagne verstärken

Der Weltfriedensrat hat eine Kampagne – Ja zum Frieden! Nein zur NATO! – mit der Veranstaltung und Unterstützung grosser Konferenzen, Massendemonstrationen und anhaltenden Aktionen in vielen Ländern am Laufen.

Mittels dieser Kampagne arbeitet der Weltfriedensrat mit zahlreichen europäischen und nordamerikanischen Friedenskräften zusammen, die auch gegen die Aggressionen und die Existenz der NATO eintreten. Die Kampagne Ja zum Frieden! Nein zur NATO! verlangt die Auflösung der NATO auf globaler Ebene, unterstützt den Kampf gegen die NATO in jedem ihrer Mitgliedsländer, und tritt ein für das Recht aller Völker, einseitig aus dem NATO-Militärbündnis auszutreten.

Der Kampf für den Frieden und gegen den Krieg ist ein integraler Bestandteil und eine notwendige Bedingung für Fortschritt und soziale Gerechtigkeit.

In dem Bestreben, diese Kampagne in der nächsten Zeit aufzubauen und zu erweitern, verpflichtet sich der Weltfriedensrat zu folgendem:

1. In Zusammenarbeit mit den angeschlossenen Organisationen und regionalen Koordinatoren wird der Weltfriedensrat weiterhin globale Aktionstage für die Forderung nach Auflösung der NATO festlegen, organisieren und mobilisieren. Der Weltfriedensrat wird darauf hinarbeiten, solche Aktionen auf jährlicher Basis zu organisieren. Im Bemühen um öffentliche Massendemonstrationen gegen die NATO wird sich der Weltfriedensrat verstärkt an internationale Friedens-, Arbeits- und progressive Kräfte wenden, die für eine Auflösung der NATO eintreten. Der Weltfriedensrat wird seine angeschlossenen Organisationen ermutigen, auf nationaler Ebene, wo immer es möglich ist, ähnliche Kontakte zu finden.

2. In Zusammenarbeit mit seinen angeschlossenen Organisationen wird der Weltfriedensrat internationale Konferenzen organisieren, um die Machenschaften der NATO zu enthüllen. Die friedliebenden Kräfte und die breitere Öffentlichkeit sollen damit einerseits über die Aktionen der NATO und über die Bestrebungen ins-

Bild gesetzt werden, ihnen Einhalt zu gebieten. Andererseits erleichtern diese Informationen die Entwicklung von neuen und kreativen Massnahmen, um insbesondere in den NATO-Mitgliedsländern zu mobilisieren. Dabei soll der imperialistische Charakter der NATO entlarvt, die Mitverantwortung der Regierungen eines jeden Mitgliedslandes angeprangert und die Auflösung der NATO gefordert werden.

3. Der Weltfriedensrat wird die Arbeit mit seinen angeschlossenen Mitgliedern in den NATO-Staaten verstärken, um ihre nationalen Kampagnen gegen die NATO zu unterstützen und zu ermutigen. Als Teil dessen wird der Weltfriedensrat weiterhin das Recht eines jeden Volkes bekräftigen, einseitig aus der NATO auszutreten, als konkreten Schritt zur Schwächung dieses Militärpakts.

4. Der Weltfriedensrat wird mit seinen angeschlossenen Mitgliedern zusammenarbeiten, um die Forderungen nach Auflösung der NATO in Resolutionen, Aufrufen und Aktionen einzelner Regierungen an die Vereinten Nationen und andere wichtige internationale Gremien anzuregen und zu fördern. Der Schwerpunkt liegt hier bei den angeschlossenen Mitgliedern in blockfreien Staaten.

5. Um die Vorschläge oben zu entwickeln und zu verwirklichen, wird der Weltfriedensrat bei jeder Sitzung des Sekretariats, des Exekutivkomitees, und bei jeder Versammlung des Weltfriedensrates einen Tätigkeitsbericht vorlegen.

Globaler Aktionstag

In Vorbereitung auf den Gipfel in Warschau unterstreicht der Weltfriedensrat die wachsende globale Bedrohung an, wie sie die NATO darstellt – wegen ihrer immer kriegerischeren Haltung, ihrer Grösse und aufgrund ihrer grenzenlosen geographischen Reichweite. Der Weltfriedensrat bekräftigt, dass er in den Strassen der Städte und in den Ländern die Menschen zum Kampf gegen die NATO mobilisieren will, mit einem Aufruf zur globalen Mobilisierung der Aktion gegen die NATO am 8. und 9. Juli 2016.

Keine weitere US-Basis in Okinawa

Sieg für den Frieden

Wie wir in UW 1/2016 in Bezug auf die Militärbasenkonferenz in Kuba berichteten («Seminar in Guantánamo. Basen abschaffen»), ist vor allem der Seminar-Beitrag von Tadaaki Kawata in Erinnerung geblieben, der als Gesandter des japanischen Friedenskomitees von der US-amerikanischen Militärbasis in Okinawa berichtete. Nun erreichte uns eine erfreuliche Nachricht von der Präsidentin des Weltfriedensrates, Maria do Socorro Gomes:

Von Maria do Socorro

Das Präsidium des Weltfriedensrates freut sich, den Frieden liebenden Organisationen einen grossen Sieg des japanischen Volkes mitteilen zu können: Es wird kein weiterer US-Militärstützpunkt in Okinawa gebaut.

Verschiedene soziale japanische Bewegungen und die Anwohner protestieren seit Jahrzehnten gegen die US-Militärpräsenz und in jüngster Zeit, vor allem gegen die Pläne der verbündeten Regierungen von Tokio und Washington, eine weitere Militärbasis auf japanischem Boden zu installieren, wo Dutzende solcher Strukturen bereits verwurzelt sind.

Die lokale Regierung verklagte Japans Zentralregierung, um die Verlagerung eines US-Luftwaffenbasis in die Henoko Bucht zu verhindern, die von der japanischen Regierung trotz der anhaltenden Proteste gegen die massive militärische Präsenz der USA angekündigt wurde.

Japans Premierminister Shinzo Abe muss die juristische Entscheidung gegen die neue US-Militärbasis an diesem Ort akzeptieren. Dennoch darf

Der Weltfriedensrat und seine Zweigorganisationen werden Friedens- und Solidaritätsbewegungen aufrufen, Proteste auch am Ort des Warschauer Gipfels zu organisieren. Eine solche direkte Präsenz an Ort und Stelle ist eine starke Mahnung an alle, dass die NATO ein Feind der Völker der Welt ist und dass die Menschen aktiv dagegen eintreten und fordern:

- die Auflösung der NATO
- den Abzug aller an militärischen Aggressionen beteiligten NATO-Kräfte
- den Abbau des Raketenabwehrsystems der USA und der NATO
- die allgemeine Abrüstung und Abschaffung von Kernwaffen und Massenvernichtungswaffen
- die Achtung der Prinzipien der Gründungscharta der UNO sowie der Solidarität und Gleichheit von Völkern und Staaten.

Entscheidend ist die Mobilisierung in jedem Land, mit vielfältigen Aktionen und Protesten, Konferenzen und Bildungsveranstaltungen, gedruckten und digitalen Materialien. Besonders wichtig ist das in Ländern, die Mitglied der NATO sind, wo der Weltfriedensrat auch die Rolle jener Regierungen hervorhebt, die alle Pläne und Aktionen der NATO unterstützen.

(Übersetzung: Julia Hoppe. Über entsprechende Aktionen werden wir euch auf unserer Homepage auf dem Laufenden halten: www.friedensbewegung.ch)



unsere Solidarität dem japanischen Volk und den japanischen Friedensbewegungen gegenüber nicht nachlassen, da der Imperialismus und die Allianz zwischen der amerikanischen und japanischen Regierung andauert.

Die Einwohner Okinawas kämpfen für den vollständigen Abzug der US-Truppen von der Insel und prangern den Einfluss auf ihr Leben sowie begangene Verbrechen durch die US-Soldaten an. Japan hat einen Sicherheitsvertrag mit den USA und es befinden sich fast 50 000 US-Soldaten im Land – etwa die Hälfte von ihnen ist in Okinawa stationiert. Insgesamt, laut der Webseite der US-Streitkräfte in Japan, sind diese über 85 Einrichtungen verteilt (Militärbasen und andere).

Wir bekunden unsere Solidarität und gratulieren dem japanischen Volk zur Mobilisierung gegen den Ausdruck und die Verbreitung dieser imperialistischen Werkzeuge der Bedrohung und Nötigung. Wir bleiben entschlossen, die weltweite Kampagne gegen alle ausländischen Militärbasen weiterzuführen!

(Übersetzung: Julia Hoppe)

ISSN 1423-6826
sfb@bluewin.ch
www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler, Yannick van den Berg, Samuel Wanitsch
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 3 000
Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32
Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg
Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 5. Herzlichen Dank!



Professor Le Kinh Due, der das Programm zur Bekämpfung der Lepra in Vietnam entwickelt hat, übergibt Anjuska Weil ein Buch aus seiner Feder. Foto zvg

25 Jahre Leprahilfe Vietnam

Solidarität konkret

«Lepra ist kein unabänderliches Schicksal.» Mit diesem Slogan startete der kleine Verein «Leprahilfepus Vietnam» im Frühjahr 1991 seine Arbeit aufgrund eines Vermächtnisses. Seit 1992 ist seine Gemeinnützigkeit anerkannt. Anjuska Weil berichtet über die Aktivitäten des Hilfswerkes.

Von Anjuska Weil

Über 25 Jahre ist mit den Verantwortlichen vor Ort eine solide Partnerschaft gewachsen, die auf gegenseitiges Vertrauen baut. So wird während der regelmässigen Projektbesuche die Projektarbeit gemeinsam evaluiert und die jeweils nächsten Schritte werden besprochen.

Im vergangenen März ist die kontinuierliche Unterstützung zur Bekämpfung von Lepra in Vietnam durch das Gesundheitsministerium mit einem Orden geehrt worden.

Überwindbare Lepra

Lepra ist medizinisch eine Infektionskrankheit, sozial eine Armutskrankheit. Eine Heilung ist in den meisten Fällen mit kostengünstigen Medikamenten möglich.

Seit 1997 gibt es in Vietnam eine landesweite Kampagne zur Bekämpfung von Lepra. Die breite Aufklärung der Kranken selbst und der Öffentlichkeit trägt sichtbare Früchte. Leprakranke werden heute nicht mehr ausgegrenzt wie früher, und die Neuansteckungen sind enorm zurückgegangen. So wurde die Krankheit in ihrer akuten Form in den meisten Provinzen besiegt. Zählte man 1997 noch 10 000 Neuansteckungen pro Jahr, waren es 2015 noch rund 300 – und die erkrankten Personen werden erfasst und behandelt.

Was bleibt, sind die Verstümmelungen und Spätfolgen bei der älteren Generation. Zudem ist Prävention noch über Jahre ganz wichtig, damit die Krankheit sich nicht wieder ausbreitet.

Die Projekte

Der Verein Leprahilfepus Vietnam wurde gegründet, um die Lebensverhältnisse von Leprakranken zu verbessern. Mit dem Rückgang der

Solidarität hilft heilen

Alle Arbeiten des Vereins in der Schweiz werden ehrenamtlich geleistet. Doch um die Tätigkeit auch in Zukunft fortsetzen zu können, sind weitere finanzielle Mittel unabdingbar. Dürfen wir auf euch Leserinnen und Leser von «Unsere Welt» zählen?

Verein Leprahilfepus Vietnam
Postfach 8164, 8036 Zürich
Tel. 044 462 20 03
vsv-asv.ch/leprahilfepus
E-Mail: a.weil@sunrise.ch
Postkonto 87-90159-7
CH19 0900 0000 8709 0159 7

Lepra sind in Absprache mit den verantwortlichen Ärztinnen und Ärzten nach und nach Menschen mit anderen schweren Hautkrankheiten in die Projekte aufgenommen worden. Daher das «plus» im heutigen Namen.



Prof. Le Kinh Due (sitzend rechts) vom Vietnamesischen Programm zur Bekämpfung der Lepra zusammen mit Spitalpersonal und Patientinnen und Patienten. Foto zvg

Übernahme von Kosten

Ein Projekt übernimmt Kosten für Labor- und andere Untersuchungen sowie für spezielle Medikamente im Nationalen Spital für Dermato-Venerologie in Hanoi welche durch das öffentliche Gesundheitswesen nicht gedeckt sind. Über die Jahre ist so die Behandlung von vielen Tausend Kranken ermöglicht worden.

Eine Fortsetzung dieses Projekts ist dringend notwendig, denn während die Zahl der Leprakranken sinkt, ist der Bedarf bezüglich anderer Hautkrankheiten hoch, ganz besonders bei Kindern. Dabei handelt es sich um schwere Fälle, welche in einem Distrikt- oder Provinzspital nicht fachkundig genug behandelt werden können.

Berufslehrgänge

Ein weiteres Projekt ermöglicht eine Berufsbildung. In meist sechsmonatigen Lehrgängen können ehemalige Leprakranke, Kinder von Leprakranken und inzwischen auch andere besonders benachteiligte junge Menschen einen Beruf erlernen.

Begonnen wurde mit der Ausbildung zu Schneiderinnen, später sind verschiedene andere Lehrgänge dazugekommen: Motorradmechaniker, Schreiner, Elektriker, Herstellung von Kunsthandwerk... Jeder Lehrgang schliesst mit einem Diplom ab. Gemeinsam ist all diesen Lehrgängen, dass das Gelernte am Wohnort der Ausgebildeten angewendet werden kann, denn oft tragen diese Verantwortung für Behinderte Familienmitglieder. Alle Absolventen erhalten ein Werkzeugset für die Ausübung ihres Berufes. Um Lernwilligen aus allen Landesteilen eine Ausbildung zu ermöglichen, finden die Kurse dezentral, in Berufsschulen verschiedener Provinzen statt.

Bis Ende 2015 sind 24 Lehrgänge mit je 14-20 Teilnehmenden durchgeführt worden.

Das Projekt hat sich bewährt, es soll weitergeführt werden.

Weiterbildungen

Als letztes Projekt schliesslich führen hoch qualifizierte Fachpersonen an Konferenzen Weiterbildungen für medizinisches Personal, insbesondere aus Provinz- und Distriktspitälern, durch.

Dieses wichtige Projekt wird seit 2008 unterstützt und soll weitergeführt werden.



Untersuchungen im Ambulatorium von Swisso Kalmo in Merka. Foto zvg.

Das Hilfswerk Swisso Kalmo

Für Somalias Kinder

Gibt es ausser Bombenanschlägen in Mogadischu auch Positives aus Somalia zu berichten, aus diesem Land, das seit über 25 Jahren von einem Bürgerkrieg heimgesucht wird? Kürzlich informierte in Zürich im Saal des Schweizerischen Friedensrates Swisso Kalmo über die Tätigkeit des gleichnamigen Hilfswerkes, das seit über zwanzig Jahren trotz aller Widrigkeiten in Somalia tätig ist. Swisso Kalmo wird heute in Afrika vom somalischen Arzt Dr. Abdi Hersi geleitet.

Von Heinrich Frei

Nur Scedon Olad, der kürzlich drei Monate in Mogadischu lebte, berichtete über die vielfältige Tätigkeit von Swisso Kalmo in der somalischen Stadt Merka und in anderen Regionen Somalias. Swisso Kalmo arbeitet mit UNO Organisationen, mit World Vision und dem Global Fund zusammen. Diese Organisationen finanzieren Swisso Kalmo zur Hauptsache und stellen Medikamente zur Behandlung von Tuberkulose, Malaria und Aids zur Verfügung.

Kranken und verunfallten Menschen in abgelegenen Gebieten wird versucht mit mobilen Sanitätsposten zu helfen. Moskito Netze werden armen Leuten unentgeltlich abgegeben, damit sie sich gegen Moskitomücken schützen können. Die medizinische Versorgung ist in Somalia nach wie vor sehr prekär: Seit 1991, dem Ausbruch des Bürgerkrieges, gibt es kein funktionierendes Gesundheitswesen mehr – auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner kommt eine Pflegekraft.

Weiterhin Verstümmelung von Mädchen

Maryan Abdisalam sprach an der Veranstaltung von Swisso Kalmo über das leidige Thema Mädchenbeschneidung in Somalia und in der Schweiz. Als interkulturelle Übersetzerin ist sie in Spitälern oft mit jungen somalischen Frauen konfrontiert die neu in die Schweiz gekommen sind. Viele von ihnen wurden in ihrer Heimat beschnitten und haben seit dieser schrecklichen «Operation» mit grossen gesundheitlichen Probleme zu kämpfen. In Somalia werden auch heute noch die meisten kleinen Mädchen beschnitten. Der Zweck dieses grausamen Eingriffes ist die Bewahrung der Keuschheit des Mädchens, wie Maryan Abdisalam erklärte. Ob-

wohl schon vor 1991 der somalische Diktator Siad Barre und islamische Führungspersönlichkeiten die Mädchenbeschneidung verboten haben, sind diese Praktiken in Somalia noch weit verbreitet. Der Leiter von Swisso Kalmo in Somalia, der somalische Arzt Dr. Abdi Hersi, hat dies im letzten Jahr an einem Vortrag in Basel bei Medicus Mundi ausführlich dargelegt (www.swisso-kalmo.ch).

Aufbau in Mogadischu

In der Region Galgaduud werden seit dem letzten Herbst unter Mitwirkung von Swisso Kalmo Hebammen ausgebildet. Die Schweizer Stiftung Dreiklang in Basel half mit, diese Schule zu finanzieren. Die Ausbildung von Hebammen trägt hoffentlich dazu bei, die Anzahl der Beschneidungen von Mädchen einzudämmen.

Neben dem Bürgerkrieg in Somalia, der immer noch im Gange ist, gibt es auch positive Entwicklungen: Die Millionenstadt Mogadischu ist im Aufbau begriffen, trotz Anschlägen der Al Shabab Milizen. In Mogadischu gibt es mehrere private Universitäten, Schulen, Spitäler und auch Lehrlinge werden ausgebildet. Viele gut ausgebildete somalische Emigranten sind in ihre Heimat zurückgekehrt und helfen beim Aufbau. Eine somalische Studentin wird im nächsten Jahr ihr Medizinstudium an einer Universität in Mogadischu abschliessen. Sie erhält ein Stipendium einer Stiftung aus St. Gallen.

Weitere Informationen über Swisso Kalmo unter:
www.swisso-kalmo.ch
Spendenkonto:
St. Galler Kantonbank,
9435 Heerbrugg,
Konto-Nr. 2355.3301.9118
CH50 0078 1235 5330 1911 8